

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. Februar 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Rufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 21.

## Die Buchdruckerstreiks im Ausland

gaben auch der „Zeitschrift“ Stoff zu einem Leitartikel in ihrer neuesten Nummer (17. Februar). Wie auf Gehilfen-, so findet auf Prinzipalsseite die Zufälligkeit des Stattfindens gleich mehrerer gewerblicher Kriege im Auslande ebenfalls Beachtung, und selbstredend unterzieht daher das offizielle Organ der deutschen Prinzipalität diese kriegerischen Vorgänge einer ernsten Betrachtung, wobei retrospektive Erwägungen so naheliegen, daß man sich wundern müßte, wenn die sich aufzwingende Gelegenheit dazu nicht benutzt worden wäre.

Der „Korr.“ hat seine Leser über die Ursachen, die Vorgeschichte und die Entwicklung der Streiks in England und in Finnland in eingehenden Schilderungen genügend informiert, über den weiteren Verlauf unterrichtet die ständige Berichterstattung. Wir glauben, das Gehilfenorgan läßt es an Aktualität bei diesen ausländischen Bewegungen nicht fehlen. Als selbstverständliche Pflicht haben wir es auch erachtet, unsern Lesern nicht nur ein Spiegelbild von der in Finnland und England herrschenden, auf einen erklärlichen Grad von Begeisterung getriebenen Stimmung zu geben, sondern die andere Seite der Medaille fand ebenfalls Beleuchtung. Es würde eine schlechte gewerkschaftliche Taktik sein, die nur den Schwung in den Reihen der Kämpfenden steht. Weil damit allein noch keine Siege errungen werden, vielmehr dieses von jeder Partei heiß ersehnte Ziel von Realitäten abhängig ist, die uns leider nur zu häufig und zu deutlich daran gemahnen, wie sehr wir doch in einer Welt der Wirklichkeit leben. Der Philosoph von Hohenfinow, der Prediger der gottgewollten Abhängigkeiten, hat mit seiner Lehre bis zu einem gewissen Grade tatsächlich nicht so unrecht. Wo er die Ursache der menschlichen Abhängigkeiten aber sucht, ist für uns, die wir den Druck und die Macht der Verhältnisse leider noch zu sehr zu fühlen bekommen, allerdings ein ausgemachter Irrtum.

So wird es für viele eine nicht gerade kleine Überraschung gewesen sein, zu erfahren, daß man in England mit der Arbeitszeit noch nicht weiter voran ist. Die mechanische Auffassung ist ja meistens die, daß englische Arbeitszeit und Achtstundentag ein und derselbe Begriff sind, und demnach das auf dem Kontinent als einen Höhepunkt des Strebens und Ringens der Arbeiterklasse angesehene Ziel der achtstündigen Arbeitszeit in England zu dem längst Erreichten gehört. Nun, nach der zusammenfassenden Darstellung der englischen Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in Nr. 17 wußt resp. muß wohl eine andre Ansicht Platz gegriffen haben. Und da unsere Kollegen im britischen Inselreich wirklich nicht an letzter Stelle in puncto Arbeitszeit stehen, sondern die meisten Arbeiterkategorien auch nicht weiter sind bzw. noch nachhinken, so wird die Beurteilung der dortigen Dinge noch etwas nüchterner werden. Auch dürfte so mancher seine Meinung, daß man in andern Breiten mit einem ganz andern Fixur über entgegenstehende Schwierigkeiten hinwegdrängt und die deutsche Eigenart der Gebuld der hinderlichste Faktor im Vorwärtkommen ist, doch etwas korrigiert haben, als er von der schon so langen Dauer der Bewegung in Großbritannien Kenntnis erhielt und gar erfahren mußte,

daß die englischen Kollegen in dem entscheidenden Stadium ihre alte Forderung vertagten und der Prinzipalität das Ansinnen einer Abschlagszahlung stellten, worauf diese aber auch nicht einging, während auf Gehilfenseite — was das Wichtigste ist — nicht einmal auf der ganzen Linie die feste Entschlossenheit zur unbedingten Durchsetzung der reduzierten Forderung bestand, wie aus der Haltung der Provinzverbände ja unstreitig zu ersehen war. Wir haben in unsern Artikeln über die gegenwärtigen Aktionen im Auslande durchaus keinen Zweifel belassen, daß die Gehilfen keineswegs den Boden unter den Füßen verloren haben. Es ist dies auch eine erzieherische Notwendigkeit, denn das Blickmaß kann an solchen Vorgängen gut geschärft werden. Die Erfahrung ist ja noch immer der beste, wenn auch manchmal recht teure Lehrmeister gewesen.

Wenn uns im Augenblick aus Bulgarien die Kunde trifft, daß dort der Streik unserer Kollegen verloren gegangen ist, daß sie vereinzelt kleine Verbesserungen gegen schwerer wiegende Verschlechterungen eintauschen mußten, so ist das eine schmerzliche Nachricht. Nach näherer Kenntnis der obwaltenden Umstände werden sich für uns wohl einige Fingerzeige für den Ausgang dieses Arbeiterkampfes ergeben. Man kann nämlich auch aus den kleinsten Vorgängen lernen.

Die „Zeitschrift“ zieht für auch die belgische Bewegung in den Kreis ihrer Betrachtungen, muß jedoch mitteilen, daß es bis jetzt nur in der Provinz Bütlich hart auf hart gegangen ist, und zwar wie in London mit den besten Aussichten für die Gehilfen. Das sagen wir. Die „Zeitschrift“ läßt sich nämlich über die Chancen der von ihr besprochenen Kämpfe nur bezüglich Finnlands aus und da ein schlechtes Prognostikon stellend. Für uns erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf die belgische Bewegung, da sie sich noch im Entwicklungsstadium befindet und über die örtlichen resp. die regionalen Vorgänge unsere Auslandsrubrik genügend informiert.

Wichtig ist, daß in London wie in Bütlich die Streiks sich lediglich auf die Werk- und Altbüchdruckereien erstrecken, da die Zeitungsbetriebe der Erfüllung der Gehilfenforderungen keinen Widerstand entgegensetzen. Daß die Arbeitsverhältnisse in den Zeitungen wohl in allen Ländern den allgemeinen etwas voraus sind, liegt in der Natur der Sache. Die äußerste Präzision im Zeitungswesen bedingt geradezu die Vermeidung ernster Differenzen zwischen den Faktoren, die zur Herstellung der geistigen Tagesnahrung einer Nation berufen sind. Daß aber die Furcht vor den hier so überaus empfindlichen Störungen nicht immer über die Gefühlswiderstände siegt, ergibt sich zur Genüge aus der Geschichte des Buchdruckgewerbes nicht nur eines Landes, und momentan zeigt es das finnische Beispiel von neuem und recht eklatant.

Der Streik in Finnland findet in der „Zeitschrift“ auch die größere Beachtung. Das ist nur richtig. In Nr. 15 haben wir den dortigen Vorgängen den überwiegenden Teil eines sich mit den ausländischen Kämpfen befassenden besonderen Artikels gewidmet. Haben geschilbert, daß in Finnland der Fortbestand der Tarifgemeinschaft der Preis des Kampfs ist, daß es sich um eine Machtprobe handelt, und daß von Prinzipalsseite alles

geschehen ist, es soweit kommen zu lassen, da die Gehilfenforderungen nicht nur abgelehnt, sondern mit ganz bedeutenden Verschlechterungsanträgen beantwortet wurden. Auch die Sympathie kann abgewogen werden, und wir haben gar kein Gefühl daraus gemacht, daß den größeren Anteil der untrigen die finnischen Kollegen haben. Nicht die Größe und Bedeutung eines Landes kann für das Maß unsres Interesses und Mitempfindens das Barometer sein, wenn auch zugegebenermaßen wir alle auf solche Eindrücke leicht disponieren, sondern für eine Buchdruckerbewegung muß sich eine andre als eine solch äußerliche Bewertungsskala finden. Der den finnischen Kollegen aufgenötigte Streik erheischt das sicherlich und ihre Haltung verdient dies vor wie nach durchaus. Wenn man aber bei uns die Stimmung im Lande beobachtet, dann entfällt auf die englischen Kollegen ein so hoher Prozentfuß der deutschen Sympathie, daß für die wackeren, hart bedrängten Finnen nur ein wirklich recht bescheidener Teil als Restbegeisterung übrig bleibt. Wir haben schon in den erwähnten Artikeln auf den mangelhaft entwickelten Sinn der englischen Verbände für die Pflege internationaler Beziehungen kurz hingewiesen, was uns soeben in diesem Punkte aber noch bekannt wurde, kann unsre Sympathie für die finnischen Kollegen nur vermehren. Darüber näheres zu gegebener Zeit.

Die „Zeitschrift“ widmet, wie schon gesagt, dem finnischen Streik einen größeren Raum als dem englischen. Freilich von einem andern Standpunkt aus als wir. Daß sie jedoch der Tatsache der starken Reduktionsgelüste der Prinzipalität in Finnland, wodurch der Kampf eigentlich erst heraufbeschworen worden ist, nicht mit einem Wort Erwähnung tut, muß doch frappieren. Und daß das von Finnland Besagte deshalb kein objektives Bild abgeben kann, versteht sich am Rande. Hingegen findet die auch von uns hervorgehobene Anlernung und Verwendung des Redaktions- und Kontorpersonals sowie die Bereitwilligkeit von Studenten und sonstigen Angehörigen der sogenannten Intelligenz zu Hausmeisterdiensten eine verhältnismäßig breite Schilderung. Direkt auffallen muß indes der Satz: „Die Prinzipale haben sich in einer Weise gerüftet, die auch anderwärts Beachtung verdient.“ Wenn das kein Fastnachtscherz sein soll, dann haben wir es hier mit einer recht deplacierten Bemerkung zu tun, die auf die Gehilfen etwa so wirken muß, als wenn der „Korr.“ unter Hinweis darauf, daß die Kollegen in irgendeinem Lande während der in der Schwabe befindlichen Verhandlungen zwischen den Parteien alle Vorkehrungen getroffen haben zu einem allgemeinen und gleichzeitigen Kontraktbruch, sagen würde, diese „rechtzeitigen“ Mißlungen verdienen „auch anderwärts Beachtung“. Die Wirkung einer solchen Bemerkung bei unsern Prinzipalen möchten wir dann einmal sehen!

Auch „Der Arbeitgeber im Druckgewerbe“ widmet den Kämpfen im Ausland einen Leitartikel, einen fulminanten sogar. Das offizielle Schärferorgan erklärt ganz offen, daß die Vorgänge in den gedachten drei Ländern „nicht ohne symptomatische Bedeutung für die Entwicklung auch in Deutschland sind“. Dies wird, alsdann in einer Weise definiert, daß der Eindruck, den wir beim

Besen des „Arbeitgebers im Druckgewerbe“ stets haben, nämlich als ob ein Clown durch die Manege lärmte, diesmal nur noch größer ist. Man höre diesen einzigen Satz: „In dem Umfange, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband ständig Kampfmittel sammelt, könnten die deutschen Prinzipale ebenfalls eine Störung des Friedens setzen“, und wer nun noch fest zu sitzen vermag, der verzicht ferner keine Falte seines Gesichtes mehr zum Nachen. Lassen wir diese Deutschen aber fleißig nur ihre Pirouette schlagen. Zu ernsthafter Mitarbeit an den gewerblichen Fragen sind sie ja doch nicht zu haben, da hört man von allem nur das Nein.

In der „Zeitschrift“ bilden metaphorische Ausführungen den Abschluß, sie machen sogar die Hälfte des Artikels aus. Was da gesagt wird, richtet sich natürlich an die Prinzipale, ist aber offenbar für die Gehilfen nicht minder bestimmt. Und vom Gehilfenstandpunkt aus kann man wirklich geteilter Meinung darüber sein, was da von dem Prinzipalsorgan augenscheinlich in einer durch gewisse Vorgänge hervorgerufenen Verstimmung ausgeführt wird. Weder eilt das Buchdruckergerbe, das doch zweifellos gemeint sein soll, der Zeitlage mit seinen Arbeitsverhältnissen eine „zu große“ Strecke voraus, noch herrscht „auf der andern Seite“ Verständnislosigkeit für die Lage des Gewerbes.

Es ist ja eine alte Erfahrung, daß selbst bei beiderseits größter Objektivität die Beurteilung der gewerblichen Lage auf jeder Seite doch vom subjektiven Standpunkt ausgeht. Erst aber wenn jede Partei darauf bestehen würde, wäre von Verständnislosigkeit zu reden. Möglichstes Entgegenkommen hüben wie drüben muß jedoch verhindern, daß dieser Vorwurf Verechtigung erlangt. Die „Zeitschrift“ sagt, es sei „kein Gesetz, daß jede Tarifrevision eine Verschiebung der tariflichen Rechte zugunsten der Arbeiter bringen muß, vielmehr muß gewerblicher Stillstand auch hier ein halt gebieten“. Gewiß, die Geschichte der Buchdrucker erbringt selbst Beispiele für diese Behauptung. Im allgemeinen ist dem aber doch so, denn die Verhältnisse und nicht, wie die „Zeitschrift“ sagt, die Möglichkeiten diktiert die Richtung, ob vorwärts oder rückwärts, und auch das Tempo. Einmal die Verhältnisse in weitester Erfassung und dann die beruhten im Besonderen.

Daß wir Gehilfen nicht die unheimliche Verteuerung des Lebensunterhaltes verschuldet haben und wir auch nicht die Ursache der enormen Arbeitslosigkeit sind, kann wohl sozusagen als gerichtsnotorisch gelten. Daß Abhilfe eintreten muß, steht außer allem Zweifel, auch daß diese nicht vom Stiefvater Staat kommen kann, sondern der Selbsthilfe entspringen muß. Daß wir Gehilfen den Prinzipalen nach Kräften die Möglichkeiten verschaffen helfen wollen, diese schwer drückenden Zustände zu beseitigen oder doch zu mildern, indem wir sie bei der Durchführung des Preistarifs unterstützen, ist nicht erst einmal gesagt worden. Und wenn wir uns umschauen in andern Industrien und Gewerben, dann sehen wir, daß eine gesunde Preispolitik doch wohl durchzuführen ist. Hier einmal herzhafter aufgetreten und auf strenge Ordnung im eignen Hause gefaßt und weniger Grausamkeit über die gewerbliche Lage — dann wird gewiß beiden Teilen geholfen und gesunde Verhältnisse werden das Signum unsres Berufs sein!

## Pensions-„Berechtigung“.

Der Schreiber des Artikels „Unsre Invalidentasse“ in Nr. 18 des „Korr.“ hätte diesem richtiger die obige Überschrift geben sollen, denn darauf sind seine ganzen Ausführungen gerichtet. Ein vernünftiges Kopfschütteln dürfte das „ältere Mitglied“ mit seinen Vorschlägen bei einem großen Teile von Kollegen hervorgerufen haben. Denn obgleich alle Mitglieder den Wunsch hegen, vor Not und Sorge in Zeiten der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität möglichst ausreichend geschützt zu sein, so kann und darf niemals der Verband so weit gehen, Pensionsberechtigungswege zu errichten, die, wie der Verfasser meint, die Kollegen nach 30–40jähriger Mitgliedschaft bei geleisteten mindestens 1500 Beiträgen in Anspruch nehmen können, „ganz gleich, ob sie arbeitsunfähig sind oder nicht“.

Eine solche Einrichtung hiesse die Grundpfeiler des Zwecks und der Ideale unsrer Gewerkschaft umstürzen und wäre eine Verstärkung aller nach möglichster Ver-

besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Bezug auf den Ausbau der Tarifgemeinschaft gerichteten Bestrebungen. Denn wie nachher die Ideale der Gewerkschaft beim jungen Nachwuchs ihren Boden finden sollten, hat sich der Artikelschreiber nicht überlegt, wie ich ihm im folgenden beweise: Hundert Druckerien sind tarifarfrei, aber in eben diesen hundert Druckerien haben die Verbandsmitglieder (und hier werden die Vertrauensmänner am besten Bescheid wissen) tagtäglich mit Verhältnissen zu rechnen, zu kämpfen, die sehr oft Tarifverträge, wenn auch minimaler Art (beabsichtigt und unabsichtigt) darstellen, die aber eben oft „genaue“ Auslegungen des Tarifs sind, gegen die die betroffenen Instanzen nichts machen können und die betreffenden Mitglieder erst recht nicht. Hier, an dieser Klippe allein, gehen heute schon viele Ideale zugrunde, denn oft, sehr oft kommt es vor, daß Kollegen nur in Hinblick darauf, daß sie „den ganzen Sommer getippt“, „soudsolange außer Kunst“, „schwer im Bruch“, „Verhältnisse halber“ usw. ufm. sich in tariflosen Konditionen mit Verhältnissen zufriedengeben, die nichts weniger als ideal sind, gegen die sie aber nichts ausrichten können, da ein großer oder größerer Teil der dort jahrelang Stehenden sich in so manches hineingelegt hat, daß der Neuling bereits bei den eignen Kollegen „abfällt“. Wer wollte leugnen, daß es in vielen Druckerien „lässige Tarifdrucker“ (und die sind manchmal maßgebend) gibt? Nur dem idealen Schwunge der immer und immer zu- und abreisenden Kollegen ist es in so mancher Druckerie zu danken, daß die Ecken, die dem Tarif anhaften, oder die Lücken, von dem einen oder andern Teile gestiftet werden, gefüllt sind.

Sehen sich die älteren Kollegen doch bitte in ihrem Ortsverein oder ihrer Druckerie um. Fehlt nicht heute bei unsern jungen Mitgliefern der Idealismus der Vor- und Nachneunziger fast vollständig? Die Rassenfunktionäre können Auskunft geben! Möglichst viel Beiträge zusammenkloppen, damit man in allen Unterstützungsabteilungen bezugsberechtigt und so möglichst am Orte bleiben kann; was aber sonst zum besten der Kollegen dient und wie das erreicht wird, das überläßt man andern und in erster Linie dem Vertrauensmann — „der ist ja dafür da!“ Ich glaube, an diesen kurzen Hinweisen zeigt sich schon der schwere moralische Schaden, den unser Gewerkschaftsleben erleiden würde, wenn der Verband eine Pensionsberechtigung dem Unterstützungsweisen angliedern würde.

Der Artikelschreiber glaubt auch leichtsin, der in Pension gehende Kollege würde die Kasse weniger belasten, da ja ein bis dahin konditionsloser eingestellt würde.“ Sehr oft geschieht Erleben wir es nicht in Zeitungsbetrieben, daß in Krankheits- und Ferienfällen mit oder ohne die betreffenden Kollegen an jedem Tage das gleiche Pensum aus dem Personale herausgeholt wird? Liegt nicht vielmehr die Annahme näher, daß man verschuden wird, möglichst den Gehalt des pensionsberechtigten, also auch „ebenfalls in“ seinen „Vorfahren“ schwächer geborenen Kollegen überflüssig zu machen, dadurch, daß man ihn von den andern „mitarbeitern“ läßt? Daß der Verfasser im vorletzten Absätze betreffend des „Wie“ der Invalidentatserklärung der Kollegen seitens des Verbandes lehtern mit den staatlichen Rentensetzungsstellen gewissermaßen identifiziert, muß energisch zurückgewiesen werden, denn daß der Verband Invalidentenansprüche nicht „quetscht“, wissen wir alle, da wir nur Berufsinvalidität kennen.

Saarbrücken.

M. Feinzel.

## Unsre Invalidentasse.

Beim Lesen des Artikels in Nr. 18 wieder aufgerollt, verweise ich die Kollegen auf meinen bereits im Jahre 1908 in Nr. 51 auf Seite 2 veröffentlichten Aufsatz „Pensionskasse“. Damals rührte sich niemand. Ich hätte gern eine Polemik darüber gesehen. Die Sache wäre jetzt schon lange in Fluß und würden sicherlich Urträge zur jetzigen Generalversammlung gestellt worden sein. Nur wenn ein derartiger Fall eintritt, wie von mir ährt, dann kommt ein Notbehelf. Diese Fälle werden sich aber mit der Zeit häufen, und darum wäre es angebracht, sich mit der Angelegenheit näher zu befassen.

Unsbach.

W.

## Demagogen.

Seit dem Zeitpunkte, wo die christlichen Strategen die großen Bedenken gegen den Gutenbergsbund aufgegeben haben; von dem Moment an, wo sie mit der Aufnahme dieses einft so wader geschmähnten Organisationsorgans sich moralisch obreyteten, wird der Haß gegen unsre Organisation in einer Weise geschürt, wie sie nur der schlimmste Fanatismus eingeben kann. Daß es vor dem andern war, daß zu einer Zeit, wo die Leitung der christlichen Gewerkschaften den Verband der Deutschen Buchdrucker noch als eine wirklich neutrale, als die besteingridetete und die erfolgreichste Gewerkschaft pries, der damals gegen jetzt stärkere Gutenbergsbund ihnen Heftba war, verfant bei diesen Leuten, die ihre gläubige Menge heute in der und morgen in jener Richtung am Marrenseile führen, rein gar nicht. Es ist dort eben alles möglich. Selbst, daß die armen Gaserls, die im „Typograph“ dem Verband und dem „Korr.“ das sozialdemokratische Epitheton schon zu der Zeit anzuhängen trachten, wo nachweislich der christliche Gewerkschaftsgeneralstab samt der ehrlamen „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ unsre Organisation und ihr Organ als ein Vorbild der Neutralität bezeichnet und lobten. Ja, es gibt auch Spaß bei diesen ersten Treiben!

Da wir selbstredend nicht immer ruhig zusehen können, mit wach vermehrten Mitteln man von jener Seite gegen den Verband und für den Gutenbergsbund arbeitet, was in der letzten Zeit sich auch in einer Mobilisierung der Zentrumspresse befundet, und wir auch gar nicht gefonnen sind, Buchdruckerangelegenheiten von diesen Giftbögen uns zubereiten zu lassen, so find wir gezwungen, den ehrlchen Maltern von W. Labbach dann und wann einen Spiegel vorzuhalten. Größtenteils reagieren wir jedoch nicht auf die aus dem ganzen christlichen Blätterwede gegen uns kommenden Insanien. Wenn es aber geschieht, dann fliegen die Späne. Jedoch verschmähen wir es, irgenwede die Tages- oder die Gewerkschaftspresse für uns oder gegen unsre Gegner in Anspruch zu nehmen. Wir waren und werden noch immer selber Mannes genug sein, unsre Sache nach jeder Seite hin zu verteidigen. Die christlichen Gewerkschaften aber sorgen vor allen Dingen dafür, daß die Zentrums- presse nicht untätig bleibt bei solchen Angriffen auf den Verband. Womit dann die politische Neutralität der christlichen Organisationen immer in so eklatanter Weise darzulegen ist, daß sie sich den Titel „Zentrums-gewerkschaften“ doch endlich patentamtlich schützen lassen sollten. Eine gar prächtige Satire auf das ewige Neutralitätsgezeire.

In Nr. 8 d. J. kennzeichnete der „Korr.“ wieder einmal die elende Zerplitterungsarbeit der christlichen Gewerkschaften, nannte die Auftraggeber zu dieser hehren Mission und führte an Beweisen aus der jüngsten Zeit, namentlich an einer Rede des Zentrumsführers Spahn, den Nachweis, daß die christlichen Gewerkschaften weiter nichts sind als eine Enklave der Ultramontanen in religiöser und politischer Hinsicht. Der Artikel, der keine Redaktionsarbeit war, was auch aus seiner Signierung hervorging, trug mit Fug und Recht die Überschrift: „Das wahre Gesicht der christlichen Gewerkschaften“. Er mußte durchschlagen und erzielte diese Wirkung auch vollständig. Das totale Schweigen drüben, jenseits des Guten, sprach nicht zuletzt dafür. Man konnte nichts dagegen sagen, die Feststellungen waren zu gravierend, das Kontorfer gar zu wahr. Da, nach reichlich 14 Tagen, hatte man endlich einen Angriffspunkt gefunden — und was für einen! In dem Artikel waren einige Zitate enthalten, das geübte, aus dem Organe der christlichen Holzarbeiter stammende, lautete:

Ein Sieg der (Sozial-)Demokratie wird den freien Gewerkschaften höchst willkommen sein. Er würde den Mut in jenen Reihen aufs neue beleben. Die Agitation hätte neuen Stoff und nicht zuletzt würde der Terrorismus noch weiter entfacht. Das sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften die Lobpreise der christlichen Arbeiterbewegung sind, so leuchtet ohne weiteres ein, daß unsre Gewerkschaftsbewegung einen Sieg der roten Bewegung nicht wünschen kann. Wir haben daher auch stets betont, daß es eine Pflicht der christlichen Arbeiter sei, sich politisch zu betätigen, mag das nun in den Reihen der nationalliberalen, konservativen, christlich-sozialen oder Zentrumspartei sein (das sonstro). Unser Programm verbietet uns, als Gewerkschaftler für oder gegen eine bestimmte Partei Propaganda zu machen, verpflichtet uns aber, gegen die antichristliche und vaterlandsfeindliche Sozialdemokratie Stellung zu nehmen.

Gegen eine bürgerliche Phalanx würde auch 1911 der sozialistische Sturm abgeblasen werden. Es ist aber das Schicksal unsrer Verhältnisse, daß aus einer Uneinigkeit unter den bürgerlichen Parteien nur die sozialistische Wienen Honig saugen würden. Wir als christliche Gewerkschaftler haben gar keine Ursache, diese Uneinigkeit ohne Not zu vergrößern. Wo es ohne Vernachlässigung der Arbeit für die Gewerkschaftsfrage geschehen kann, darf man daher wohl erwarten, daß unsern Kollegen im politischen Ringen ihren Mann stehen zur Stärkung der sozialistenfeindlichen Parteien und im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung!

Die von uns in Klammern und in Sperrdruck eingegängelten Worte sind in der vom „Korr.“ gebrachten Zitierung nicht enthalten. Es muß also eingangs statt „Ein Sieg der Demokratie“ der Sozialdemokratie heißen, und an der zweiten Stelle ist nach „christlich-sozialen oder Zentrumspartei sein“ noch oder sonstro zu lesen. Dem Verfasser des Artikels in Nr. 8 sind beim Abschreiben dieser Stellen zwei Flüchtigkeitsfehler unterlaufen, die wir selbstverständlich bedauern, aber nicht zu verhindern in der Lage waren, weil wir das Nitat nicht im Originale besaßen. Eine Absicht zum Entstellen dieser für die Neutralität der christlichen Gewerkschaften so maranten Sätze hat aber nicht im geringsten vorgelegen und kann objektiv und anständigen Leuten auch gar nicht möglich erscheinen, denn der Sinn des Zitats erfährt, wie der gesamte Woklaut jedem Denkfähigen doch mit aller Deutlichkeit zeigt, dadurch nicht die geringste Änderung oder gar Entstellung. Daß nur ein Sieg der Sozialdemokratie in Frage steht, ergibt sich aus dem ganzen Zitate des christlichen „Holzarbeiter“ doch klar und zweifelsahen, und daß bei der von diesem Organ in bekannt christlicher Auffassung der gewerkschaftlichen Neutralität gepredigten Bekämpfung der Sozialdemokratie diese politische Partei nicht mit den beiden Worten „oder sonstro“ gemeint sein kann, vermag jeder Abschläge einzusehen. Denn wenn für die von dem „Holzarbeiter“ gewünschte politische Betätigung der christlichen Arbeiter nach Belieben die nationalliberalen, die konservativen, die christlich-sozialen oder die Zentrumspartei gewählt werden kann, die sozialdemokratische aber als Kampfohjekt gilt und die fürchristliche Volkspartei von den christlichen Gewerkschaftsblättern wegen ihrer namentlich in Zoll- und Steuerfragen gegenwärtigen Haltung angegriffen

wird, wieviel Parteien gibt es dann noch in Deutschland, wo sich die Christlichen politisch ausleben könnten? Man sieht, es gehört schon etwas viel dazu, hier eine böse Uebst, oder eine Fälschung anzunehmen.

Und doch hat man sich nicht entblödet, diesen Vorwurf gegen uns zu erheben. Das christliche „Zentralblatt“ spricht in seiner Nr. 3 davon, daß „mehrere“ Stellen, in raffiniertester Weise“ in erwähnten Artikel „korrigiert“ wären. Der „Korr.“ sei auf „diese denkbar niedrigste Stufe der Polemik herabgesunken“, und hell auf leuchtet die Freude, daß „die struppellose Kampfesweise sozialdemokratischer Blätter, die selbst vor Fälschungen nicht zurückschrecken, wie im vorliegenden Fall entlarvt werden kann.“ Weil man mit keinem Worte gegen den das wahre Gesicht der christlichen Gewerkschaften gezeigenden Artikel anzukämpfen konnte, deshalb wird nach gut 14 Tagen, bis wohin man den Inhalt dieses Aufsatzes vergessen glaubte, aus zwei Fälschungsfehlern denn Abschreiben eine ganz niedrige Handlungsweise des veruchten „Korr.“ gemacht und — das geehrte Publikum kann sich nun christlich bis zum Platzen entrisfen. Immer und immer wieder diese Spekulation auf die Vergeßlichkeit und Dummheit! Und solche infame Praktiken mag das christliche Zentralblatt“ zu einer Zeit, wo in Rheinland-Westfalen die christlichen Gewerkschaften eine höchst traurige Rolle in den Gerichtssälen in betreff gefälschter Briefe spielen! Nun darüber wird später, wenn diese Skandalaffären gerichtlich ausgetragen, unsern lieben Bettern noch verschiedenes zu sagen sein.

Nach struppellose benähm sich die in Frankfurt a. M. erscheinende deutsch-evangelische Zeitung, „Frankfurter Warte“. Daß sie genau am Erscheinungsdatum des christlichen „Zentralblattes“ (6. Februar) erschienen konnte, wies uns sofort auf die Spur der Autorität dieses echt demagogischen Erfusses. Der Vorstoß gegen den verhassten „Korr.“ ist Kampfanarbeit, die katholischen und die evangelischen Gewerkschaftszerplitterer rüden gemeinsam an. Ach, er steht ihm reizend zu Gesicht, dem titelstichtigen Demagogen evangelischer Richtung! Die anschließende Moralisierung des Gutenbergs macht die Absichten des moralisierenden arg christlichen Herrn noch um vieles deutlicher.

Die Zentrumspresse hat sich nun vereinst über den fetten Broden hergemacht. Nach den jüngsten wilden Uttaden auf den „Korr.“ ein bemerkenswertes Zeichen. Entweder hat man sich überzeugt, daß mit unfrer vermeintlichen struppellosen Kampfesweise nichts anzufangen ist, oder die Erzeugnisse der christlich-gewerkschaftlichen Car- und Giftstücke werden, wenn Buchdruckerangelegenheiten in Frage kommen, jest doch mit größerer Vorwitz genossen. Dann wäre man aus Erfahrung klug geworden.

Unser geschworensten Feinde haben also keine Lorbeeren errungen bei ihrer neuesten Kampagne wider den „Korr.“. Wir halten streng darauf, daß verwerfliche journalistische Manieren im Verbandssinne nicht heimisch werden. Bei Bitterungen; die die Redaktion „für gar nicht immer nachprüfen kann, trägt der betreffende Verfasser die moralische Verantwortung für ihre Wichtigkeit, was wir bei diesem Anlaß erneut betonen möchten. Wenn nun aber leider einmal ein paar Fehler unterlaufen sind, und zwar nicht einmal durch Verschieben der Redaktion, dann lassen wir uns wohl eine Feststellung der Tatsache gefallen, nicht aber ein so raffiniertes Verbrechen des Sachverhalts, wie es zwei sogenannte christliche Organe in diesem Falle berechnend und benutzt getan haben.

Wir haben keine Zeit, in den christlichen Gewerkschaftsblättern eine Suche nach Zitatenfälschungen zu unternehmen. Daß sie nicht schlecht ausfallen würde, mag die eine Stichprobe zeigen, die wir nur an der vorletzten Nummer des „Typograph“ (10. Februar) vorgenommen haben. Darin ist ein Artikel „Das Urteil eines Unparteiischen über die Neutralität des Buchdruckerverbandes“ von einem Nichtgewerkschaftler entfallen (ein sacherlicherer Stuß), der natürlich die kompetenteste Person ist, über dieses funkelagelne Thema zu orakeln. In dieser Galaberei von nicht einmal 200 Zeilen befinden sich sechs Zitate aus dem „Korr.“ von einhalb bis zu neun Zeilen Umfang. Von diesen sechs Zitterungen, die sämtlich durch Gänsefüßchen als solche erkennbar gemacht sind, stimmen nicht weniger als fünf mit dem Wortlaut im „Korr.“ nicht überein! Zum Teile sind es Fälschungsfehler (selbst in dem kürzesten von einhalb Zeilen sogar zwei), aber es kommen auch bedeutendere und bedenkliche „Wegraderungen“ vor. Nach der Auffassung des christlichen „Zentralblattes“ und der „Frankfurter Warte“ würden es also fünf Zitatenfälschungen sein, über die sich die christliche Empörung mit vollen Schalen auszulegen hätte. Der Artikelschreiber im „Typograph“ bringt in Wirklichkeit auch eine ganz häßliche Fälschung fertig. Da „zitiert“ er aus einer Gewerkschaftsrezue folgenden Passus, dem wir gleich den wahren Wortlaut gegenüberstellen:

Der Sperdruck ist wie im „Typ.“ erfolgt, der dreimalige Sperdruck von uns vorgenommen. Hier handelt es sich ohne weiteres um eine grobe Entstellung. Ihre richtige Bedeutung erfährt diese Fälschung indes erst durch den Umstand, daß was, was der Artikelschreiber des „Typ.“ als die Meinung der Redaktion des „Korr.“ hinfallen will (zu welchem Zweck er das Wortchen „ste“ auch in „wir“ fälschte), gar nicht eine Auslösung von uns ist, sondern die inüblicher Weise als Zitat ermittelte gemacht und als solche extra benannte Resolution des Vorstandes und der Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei in der Genossenschaftsfrage zu der Magdeburger Tagung!!! Unser genossenschaftlicher Mitarbeiter hat bei Besprechung dieses Teils der Magdeburger Verhandlungen jene Resolution als solche im Wortlaute mit angeführt, und aus diesen 55 Zeilen macht der neue nichtgewerkschaftliche Neutralitätshehd des „Typ.“ nun eine programmatische Erklärung der „Korr.“-Redaktion, der er — es ist zum Schreien! — unmittelbar noch die tieffinnige und anlangende Bemerkung anfügt: „So geht die Lobhubelei auf die Sozialdemokratie weiter!“ Das ist förmlich in jeder Beziehung eine Gängelung, und wir gratulieren dem „Typ.“ zu diesem talentvollen Zwitterfischmajoor und konturrenlosen Zitatenspäher.

Die christlichen Moralpauker heider Couleur werden sicherlich nun auch dem „Typograph“ attestieren, daß er auf die „denkbar niedrigste Stufe der Polemik herabgesunken“ ist, werden diese „verwerfliche, struppellose Kampfesweise“ brandmarken und „als freche Fälscher entlarvt“ nun auch den „Typ.“ aufmerksam lassen. Man denke doch: von sechs Zitierungen fünf gefälscht nach dem strengen Sittenbodeg dieser Moralisten! Ach, ach, wir sehen schon, wie sie emporkriechen und — sich auswechseln, diese mit dem Scheine der Christlichkeit sich umgebenden Demagogen.

## Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

### a) Unfallversicherung.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1909 sind in dem Januarhefte der „Ämtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ veröffentlicht worden. Uns denselben ergibt sich, daß im Berichtsjahr insgesamt 66424 Fälle zur Anmeldeung gelangten. Die Zahl der Unfälle, für welche in diesem Jahr erstmalig Entschädigung gezahlt wurden, belief sich auf 139070, darunter Unfälle mit tödlichem Ausgange 9363, Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit 1138. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, welcher 909 die erste Renteienhakter haben, beträgt 19367 darunter: Witwen (Witwen) 6372, Kinder 13383; Verwaandte aufsteigender Linie 307. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge (Renten usw.) belief sich im Rechnungsjahr auf 161332900 M. Bei Betrachtung dieser Millionenumme ist noch darauf hinzuweisen, daß die Renten der einzelnen Verletzten resp. Hinterbliebenen vielfach sehr gering sind und häufig auch nicht immer freiwillig gezahlt werden.

Was nun die Buchdruckerberufsgenossenschaft anbelangt, so unterstanden derselben 7530 Betriebe mit 178047 durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeitern. Die Summe der tariflich verdienten Löhne betrug 175629712 M. Für 3031 Verletzte wurden im Laufe des Berichtsjahrs Unfallentgelte erstattet. Die Zahl der verletzten Personen, für welche 1909 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, belief sich auf 454, und zwar Erwachsene: 267 männliche und 133 weibliche; Jugendliche unter 16 Jahren: 43 männliche, 11 weibliche. Über die Hälfte dieser Unfälle, und zwar 276, zogen sich die Verletzten an Motoren, Transmissionen resp. Maschinen zu. Die Folgen der Verletzungen bestanden in: Tod 9, dauernd teilweise 153 und vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 292. Ebenso wurden noch an 14 Hinterbliebene erstmalig Renten gezahlt. Für Renten, Behandlung in Heil- und Pflegeanstalten, Abfindungen usw. wurden im Berichtsjahre 577056,50 M. ausgegeben. Für die Überwachung der Betriebe gab die Berufsgenossenschaft 21177,38 M. aus. Hierzu sind vier technische Aufsichtsbeamte angestellt.

Darüber, ob das Gewerbeunfallversicherungsgesetz ein Schutzgesetz im Sinne des § 823, Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist, hat das Amtsgericht Köln nach der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ eine interessante Entscheidung gefällt. Der Sachverhalt war folgender: Eine Arbeiterin erlitt am 27. Juli 1908 in einer Buchdruckererei einen Unfall, indem sie mit der linken Hand in eine Riegeldruckpresse geriet, infolgedessen ihr die Hand amputiert werden mußte. Die Verletzte wurde bis zum 10. Dezember 1908 von der Ortskrankenkasse, deren Mitglied sie war, unterstützt. Da die Krankenkasse mit dem Ablaufe der 13. Woche die Unterstützung nicht einstellen dürfen, so erhielt die Verletzte über die Zeit hinaus noch 47,50 M. Krankengeld. Der Krankentafel wurden hernach gemäß § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 40,35 M. von der Berufsgenossenschaft erstattet. Die Krankenkasse forderte jedoch Erstattung ihrer gesamten Aufwendungen von 47,50 M. und begründete ihren Anspruch damit, daß die Berufsgenossenschaft nach § 71, 73 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes verpflichtet sei, in beschleunigtem Verfahren eine Rente festzusetzen und die weitere Fürsorge zu übernehmen,

nachdem der Unfall von ihr anerkannt sei. Die Berufsgenossenschaft habe auch den Unfall anerkannt, indem sie mit Schreiben vom 17. Oktober 1908 einem Bandagenlieferanten die Lieferung einer künstlichen Hand für die Verletzte auf ihre Kosten übertrug; außerdem habe es in diesem Falle keiner langwierigen Untersuchungverhandlungen bedurft. Denn es sei schon durch die polizeiliche Untersuchung des Unfalls nach § 64 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes am 14. August 1908 festgestellt worden, daß es sich um einen einschlägigspflichtigen Unfall handle. Bereits durch Zwischenurteil wurde die Einrede der Berufsgenossenschaft der Unzulässigkeit des Rechtswegs als unbegründet verworfen, da es sich nicht um einen Streit über den Anspruch auf Abweisung von Rentenbeträgen nach § 25 Absatz 2—5 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes handle, sondern um einen Schadenersatzanspruch nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Dieser Paragraph lautet u. a., daß derjenige, welcher gegen ein den Schutz eines andern bezweckendes Gesetz verstößt, dem andern zum Ersatze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet ist. Die Berufsgenossenschaft wurde dem Klagenantrag gemäß verurteilt. Offenlich trägt dieses Urteil dazu bei, daß die Rentenfestsetzungen mehr wie bisher im beschleunigten Verfahren erfolgen. Das „beschleunigte Verfahren“ steht nicht allein das jegliche Gesetz, sondern auch die Reichsversicherungsordnung vor. Werden die Renten im beschleunigten Verfahren festgesetzt, so ist dies nicht allein für die Verletzten, sondern auch für die Krankenkassen von Vorteil. Für die Krankenkassen kommt dies in Fällen wie dem vorliegenden in Betracht, bei den Verletzten aber, wenn durch die Krankenkassen die Zahlungen mit Ablauf der 13. Woche eingestellt werden. Trotzdem die Kassen den Unfallverletzten gegenüber die Unterstützung nicht einstellen dürfen, geschieht es doch vielfach und die Rechtspredung im Falle der Klage ist leider keine einheitliche.

Über die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen nebeneinander für die Zeit von der 14. bis 26. Woche nach dem Unfälle liegen bereits zwei Entschiede des Reichsversicherungsamts vom 18. Februar und 28. Mai 1904 vor, an die bei dieser Gelegenheit erinnert werden soll. Es heißt darin u. a.: „Die Berufsgenossenschaften haben daher vom Beginne der 14. Woche an nach wie vor an erster Stelle auf Grund der Unfallversicherungsgesetze die Fürsorge und Entschädigung für Unfallverletzte zu leisten, ohne daß es ihnen freisteht, von einem Eintreten aus irgendwelchen Gründen abzusehen und dadurch mittelbar sich unter Umständen zu Lasten der Krankenkassen einen Vermögensvorteil durch Ersparung von Ausgaben zu verschaffen. Allerdings sind auch die Krankenkassen nicht mehr befugt, Unfallverletzte lediglich unter Hinweis auf die Leistungspflicht der Unfallversicherungsgesetze vom Beginne der 14. Woche nach dem Unfall an im Fall etwaiger Föderung dieser Organe ohne Fürsorge zu lassen.“ Übernimmt also die Berufsgenossenschaft nicht sofort mit Ablauf der 13. Woche die weitere Fürsorge (ärztliche Behandlung usw. sowie Anweisung von Rentenbeträgen), dann hat der Verletzte nach den angeführten Vorschriften das Recht, sich weiter an die Krankenkasse zu halten und diese darf ihn hiernach nicht abweisen.

### b) Invalidenversicherung.

Nach der Reichsversicherungsordnung sollen die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten in Zukunft mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Reichs- und Staatsanleihen anlegen. Nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1909 hatten die Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen angelegt in:

Wertpapiere	Reichsanleihen . . . . .	36,2 Millionen
	Staatsanleihen . . . . .	143,9 „
	Kommunalanleihen . . . . .	384,2 „
	Darlehen an Gemeinden . . . .	473,3 „
	Hypotheken, Grundschulden . . .	344,1 „
	Sparfassenanlagen . . . . .	9,0 „

In der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ wird nun in Nr. 33 in einem Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß wenn die Versicherungsanstalten ähnlich wie die Berufsgenossenschaften von Anfang an ihr Vermögen vorzugsweise in Reichs- und Staatsanleihen angelegt hätten, dieselben infolge der Kursverluste eine Vermögens einbuße von 64 Millionen erlitten haben würden. Unter solchen Umständen sei es gewiß in hohem Grade zweifelhaft, ob eine größere Anlage in Reichs- und Staatsanleihen so große Vorteile zeitigen könne, daß dadurch die Nachteile für die Verletzten und die an einer intensiven Wohlfahrtspflege interessierte gesamte Bevölkerung wieder ausgeglichen werden kann. Die Nachteile für die Verletzten machen sich denn auch schon bemerkbar. Nach dem in Nr. 86 Jahrg. 1910 des „Korr.“ bereits kritisierten Erlasse des Reichsversicherungsamts vom 11. Mai 1910 soll nämlich auf tunlichste Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungsgesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben Bedacht genommen werden. Dies gilt von den allgemeinen Verwaltungskosten sowie auch von den Kosten des Selbstverhaltens. Dann sollen die Versicherungsanstalten in Zukunft regelmäßig dafür Sorge tragen, daß bei Gewährung von Darlehen in allen Fällen, also auch bei solchen für gemeinnützige Zwecke, eine Verzinsung von mindestens 3/4, vom Hundert erzielt wird. Sowohl die Baugenossenschaften wie die Versicherungsanstalten haben sich bereits gegen diesen Erlaß ausgesprochen. Ende September 1910 hat dann das Reichsversicherungsamt schon einen Antrag der Versicherungs-

anstalt Rheinprovinz, auch künftig in besonders geeigneten Fällen Darlehen für Arbeiterwohnungswecke zu 3 Proz. bewilligen zu dürfen, abgelehnt. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt wollte den Baugewerkschaften auf die Dauer von zehn Jahren Hypothekendarlehen unter den sonst üblichen Bedingungen, aber zu einem Zinsfuß von 3 Proz. geben. In der Ausschussung vom 3. Dezember teilte der Vorstand mit, daß das Reichsversicherungsamt auf Anfrage mitgeteilt habe, auch diesen Antrag nicht zu genehmigen. Diese Stellungnahme ist um so bedauerlicher, als zu befürchten steht, daß die Verteuerung des Baugelbs die seit einigen Jahren in mehreren Bezirken sich in erfreulichem Aufschwunge befindlichen Bestrebungen zur Besserung des Arbeiterwohnungswezens wieder einzuzäumen geeignet ist. Bei dieser Gelegenheit ist weiter darauf hinzuweisen, daß sowohl bei der Vorlage des jetzt geltenden Gesetzes vom 13. Juli 1899 wie auch bei dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung nach den versicherungsstatistischen Berechnungen für die Alters- und Invalidenversicherung ein Zinsfuß von nur 3 Proz. zugrunde gelegt worden, d. h. es ist der Sicherheit halber bei der Berechnung der Rentenätze, Beiträge usw. angenommen worden, daß die Versicherungsträger von ihren Kapitalsanlagen im Gesamtdurchschnitt einen Zinsersatz von 3 Proz. erzielen. Nach der Begründung der Reichsversicherungsordnung ist auch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die nach diesen berechneten Beträge zur Deckung der Belastung aus der Invalidenversicherung ausreichen. Um so weniger lag ein Grund zur Erhöhung des Zinsfußes vor.

Anstatt Verbesserungen, machen sich leider überall Verschlechterungen bemerkbar. So hat nun die Reichsversicherungsordnungskommission bei der zweiten Lesung dem § 134l noch hinzugefügt: „Soweit der Vorschlag für das Heilverfahren oder der Invalidenhausepflege sieben vom Hundert der Beitragsentnahmen übersteigt, bedarf die Überschreitung der Genehmigung des Reichsversicherungsamts. Dasselbe hat dabei die Leistungsfähigkeit der betreffenden Versicherungsanstalt zu berücksichtigen.“ Dieser Zusatz wurde von den Regierungsvorstreitern empfohlen und von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum gegen den ganz besonders entschiedenen Widerspruch der Sozialdemokraten angenommen. Auch zu diesem Zusatzantrag hat bereits die Sitzung des Ausschusses einer Landesversicherungsanstalt, und zwar die von Thüringen, Stellung genommen. Der vorstehende Beschluß der Reichsversicherungsordnungskommission müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. Betont wurde ferner, daß es der ganzen Nation schweren Schaden verursachen müßte, wenn die Bekämpfung der Krankheiten, besonders der Lungentuberkulose, gesemmt würde. Zur Ausarbeitung einer entsprechenden Protestresolution wählte die Ausschussung dann eine Kommission von vier Personen.

Was zum Schluß nun noch die Betätigung der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete der Invalidenhausepflege anbetrifft, so besaßen im Jahre 1909 neun Anstalten 13 eigene im Betriebe befindliche Invalidenhäuser. 22 Versicherungsanstalten benutzen zur Unterbringung invalider Rentenempfänger 309 von Dritten unterhaltene Anstalten, während 17 Versicherungsträger von der Verfügung zur Übernahme der Invalidenhausepflege keinen Gebrauch machen. Die Zahl der Personen, die in eigenen, gemieteten oder in von Dritten unterhaltenen Anstalten versorgt wurden, betrug 2820, also 488 mehr als im Vorjahr. Ein Viertel aller Versorgten war Lungentuberkulose; ferner befanden sich 61 alkoholtrunk und 24 irrsinnige Personen in diesen Anstalten. Die Zahl der Verpflegungstage ist von 558354 im Jahre 1908 auf 701129 im Jahre 1909 gestiegen. Diese Fortschritte auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge sind durchaus erfreulich. Sehr zu bedauern würde es sein, wenn die Versicherungsanstalten nach dem erwähnten Erlasse des Reichsversicherungsamts oder dem Beschluß der Reichsversicherungsordnungskommission zu § 134l hierin eingeschränkt werden. — Aus den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Landesversicherungsanstalten pro 1909 ergibt sich weiter noch, daß auch die Ausgaben für das Heilverfahren und das Arbeiterwohnungswezen gestiegen sind. An Renten wurden noch festgesetzt: 115264 Invaliden-, 12713 Kranken- und 11003 Altersrenten. Ferner an Beitragsentnahmen bei: Heiratsfällen 148441, Unfällen 549, Todesfällen 37560. An Renten wurden gegen das Vorjahr zwar 5574108,83 Mk. mehr gezahlt, trotzdem hält es aber nach wie vor schwer, die Invalidenrente überhaupt zu erlangen. Diefelbe wird bekanntlich erst gewährt, wenn Erwerbsunfähigkeit um mindestens zwei Drittel eingetreten ist.

Halle a. S. M. Gildenberg.

## Aus den Jahresberichten 1910.

Wernigerode (a. S.). Die tariflichen Verhältnisse waren im verflossenen Jahre gute zu nennen, auch in sozialer Hinsicht ist daselbe zu verzeichnen. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden in acht Versammlungen erledigt, die sich mit Ausnahme von zweien eines regen Besuchs zu erfreuen hatten. Zwei Vorträge wurden gehalten, einen davon hielt unser Bezirksvorsteher Treff (Halberstadt). Für die ausgescherrten Bauarbeiter wurde eine wöchentliche Extrarente von 25 Pf. erhoben. Die Mitgliederzahl umfaßte Ende 1910 42 Kollegen. Durch den Anschluß von drei Ilseburger Kollegen an unsern Ortsverein stieg sie auf 45. Nichtorganisierte und Mitglieder vom

„Zugendbunde“ sind nicht vorhanden. Hoffen wir, daß dies auch im kommenden Jahre so bleibt. — Wismar. Vom hiesigen Ortsverein wurden zehn Versammlungen abgehalten. Der Versammlungsbesuch war im Durchschnitt mittelmäßig, besserte sich jedoch zum Schluß des Jahres. Sämtliche hiesigen Brudereien haben den Tarif anerkannt. Nichtverbandsmitglieder sind zwei am Orte. Für die ausgescherrten Bauarbeiter wurden 53,50 Mk. aufgebracht, teils durch Sammelliste, teils durch Extrabeitrag. Gauvorsteher Schlotter hielt einen Vortrag über das Thema: „Zeitgemäße Betrachtungen“. Der Mitgliederbeitrag betrug am Anfang des Jahres 54, am Jahreschluß 51. — Wittenburg. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden in 13 Versammlungen erledigt. Der Versammlungsbesuch war befriedigend, im Durchschnitt 60 Mitglieder. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 132, am Schluß 124. In der ersten Hälfte des Jahres war der Geschäftsgang recht flau und hob sich erst im letzten Jahresviertel. Für die ausgescherrten Bauarbeiter wurden durch Extrarente 173 Mk. aufgebracht. Der Ortsverein ist im Kartelle durch vier, in der Ortskrankenkasse durch sechs Kollegen vertreten, wovon zwei im Vorstande sitzen. Ferner wurden vom Ortsvereine sechs Vorträge und eine Druckausstellung arrangiert. Sämtliche Veranstaltungen waren nur mäßig besucht. — Wurgeln. Die Geschäfte unsres Ortsvereins wurden in 13 Versammlungen, einschließlich einer Hauptversammlung, erledigt. Gauvorsteher Wenzsch hielt einen Vortrag über: „Anschluß an das Gewerkschaftskartell“. Die Zahl der Verbandsmitglieder betrug 15; denen 14 Nichtmitglieder gegenübersteht. Alle Bemühungen, diese von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, blieben ohne Erfolg. Die ausgescherrten Bauarbeiter wurden mit 28 Mk. unterstützt. — Würzburg. Die Geschäftsjunktur war am Ort etwas besser im abgelaufenen Jahre, und die tariflichen Verhältnisse sind im allgemeinen als gute zu bezeichnen. Die Lehrlingskassa wird fast überall ausgenutzt, trotzdem die Zahl der Segenstischen von 29 auf 36 gestiegen ist. Die Vereinsgeschäfte wurden in der Hauptsache in neun Mitgliederversammlungen erledigt. In letzteren wurden drei Vorträge gehalten, und zwar über Baugewerkschaft vom Kollegen Jrensing, über Unfallversicherung vom Kollegen Schäfer und über „Wege und Ziele“ vom Kollegen Hildebrand. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 50 Proz. der Kollegen besucht und muß also eine Wendung zum Besseren eintreten. Die Agitation des Gutenbergsbundes ist gleich Null gewesen. Von unserm Nachwuchs verirrte sich niemand unter die Sicherheitsmänner vom Bunde.

Zeig. Der Ortsverein erledigte seine Geschäfte in elf Versammlungen, die im Durchschnitt von 70 Proz. der Mitglieder besucht waren, was bei dem riesigen Wechsel immerhin als ein befriedigendes Resultat bezeichnet werden kann. Während das erste Halbjahr einen lauen Geschäftsgang zeigte, wurde dies im letzten Vierteljahr erfreulicherweise besser, so daß wir am Jahreschluß einen Mitgliederstand von 48 (gegen 36) aufweisen konnten. Vom Gutenbergsbunde zeugt noch eine morsche Säule von verschwindender Pracht! Erwähnt sei die Einführung eines Zuschusses von 25 Pf. pro Tag für Arbeitslose, desgleichen die Erhebung einer Extrarente von 20 Pf. pro Woche auf die Dauer von acht Wochen für die Bauarbeiter. An Vorträgen sind zu verzeichnen: „Die Bauarbeitersperre“ — „Die neuesten Entschiede des Tarifamts“ — „Was lehrt uns der Bauarbeitertkampf?“ (Kollege Schürich) — „Zweck und Ziele der Typographischen Gesellschaften“ (Kollege Bientke Leipzig). Letzterer Vortrag bezweckte die Gründung eines Typographischen Klubs, welches Bestreben auch von Erfolg gekrönt war, da die Hälfte der Mitglieder das Bedürfnis hatte, ihr technisches Wissen und Können zu bereichern. Von festlichen Veranstaltungen verdient besondere Hervorhebung die Feier des fünfundsingzigjährigen Ortsvereinsjubiläum. — Zittau. Unser Ortsverein zählte am Beginn des Jahres 1910 103 Mitglieder; mit nur 97 mußte er das Jahr beschließen. Unrühmlich tritt das Jahr 1910 gegen seine Vorgänger durch die außerordentlich hohe Zahl der Konditionslosen und die lange Dauer der Arbeitslosigkeit hervor. In tariflicher Beziehung war mit Schwierigkeiten nicht zu kämpfen. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig. — Zwickau i. S. Das verfloßene Geschäftsjahr war für uns ein ruhiges, aber dennoch arbeitsreiches. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte machte sich die Abhaltung von neun Mitgliederchaftsversammlungen nötig, in denen u. a. Vorträge über folgende Themen gehalten wurden: „Wie klagt man vor dem Schiedsgericht?“ (Kollege Pöfer), „Der Kampf ums Dasein“ (Kollege Krasser), „Die Schifferische Kritik“ (Kollege M. Müller), „Arbeiterstudien“ (Redakteur Breslauer), „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ (Gauverwalter Dähnel). Leider vermochten alle Bemühungen nicht, den Versammlungsbesuch zu heben; dieser betrug nur etwa 49 Proz. Während die Mitgliederzahl am Beginn des Jahres sich auf 174 belief, verließen wir 1910 mit einem Stande von 163 Mitgliedern. Der Gutenbergsbund ist seit einigen Jahren hier gänzlich ausgerodet, wie auch Nichtverbandsmitglieder so gut wie gar nicht vorhanden sind. Demzufolge sind die tariflichen Verhältnisse als gute zu bezeichnen. Unlänglich der Bauarbeitersperre erfüllte die Mitgliederchaft die Pflicht der Solidarität durch Erhöhung des Beitrags um wöchentlich 50 Pf. auf die Dauer des Kampfs und brachte hierdurch einschließlich sonstiger freiwilliger Sammlungen den Betrag von 714,30 Mk. auf.

## Korrespondenzen.

Baden-Baden. Ein munteres Buchdruckerpölkchen war es, das am 4. Februar im Hotel „Waldrer“ das 15. Stiftungsfest des hiesigen Ortsvereins feierte. Weinige vollgültige waren sie erschienen, die Typographen unsrer Wälderstadt, um für wenige Stunden die Alltagsorgen zu vergessen und dem Buchdruckerhumor zu seinem Rechte zu verhelfen. Auch von auswärts waren Deputationen vertreten, und zwar von Karlsruhe, Rastatt, Bühl und Straßburg. Das hübsche Programm (nur von Kollegen des Ortsvereins ausgeführt) wurde mit einem sinnigen Prolog eröffnet, worauf von der neugegründeten Sängerschaft des „Zwiebelfischklub“ der Chor „Heil Gutenberg“ ansprechend zum Vortrage gebracht wurde. Der Vorsitzende H. Mayer begrüßte hierauf die erschienenen Festgäste, unter denen sich Bezirksvorsteher Kirsten (Karlsruhe), der die Glückwünsche des Bezirks überbrachte, sowie die Kollegen Dauer und Brincour (Straßburg) befanden. Kollege Dauer übermittelte in beifälliger aufgenommenen Ausführungen die Glückwünsche der Straßburger. Weitere Glückwünsche waren entgegengenommen: vom Gauvorstand in Freiburg, vom Bezirksvereine Straßburg, vom Kollegen Krebs (Karlsruhe), Mitbegründer des hiesigen Ortsvereins, und von den Kollegen Borchert und Kröneck (Karlsruhe), wofür den Absendern an dieser Stelle Dank ausgesprochen sei. Mit Befriedigung kann der Ortsverein Baden-Baden auf sein 15. Stiftungsfest zurückblicken. — An alle stimmberechtigten Kollegen ergeht zum Schluß noch die Bitte, sich der jungen Sängerschaft anzuschließen, die sich die Aufgabe gestellt hat, das kollegiale Leben im Ortsvereine zu fördern.

K.-L. Bezirk Barmen. Die am 12. Februar in Barmen stattgehabte erste diesjährige Bezirksversammlung hatte sich eines überaus zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Anwesend waren laut festgestellter Präsenz etwa 170 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Emil Wille (Barmen), in üblicher Weise geehrt. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Vorsitzender Kunz der Versammlung bekannt, daß bei der Firma Heltewig in Langefeld wegen Nichtanerkennung des Tarifs es zu einem Konflikt kam. Leider hat sich ein Vorkämpfer gefunden, der die Firma in „liebenswürdiger“ Weise unterstützt. Hierauf erstattete der Kassierer Hof den Kassienbericht pro IV. Quartal 1910, welcher gedruckt vorlag. Auf Antrag der Revisionen wurde ihm für die mustergültige Kassienführung Entlassung erteilt. Der Vorsitzende erstattete sodann den Bericht über die Bezirksvorsitzer- und Schiedsgerichtsvorsitzendenkonferenz. Mit Rücksicht auf die Ausführlichkeit wurde von einer Diskussion abgesehen. Die dortselbst gefaßten Beschlüsse zur Tarifrevision wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Versammlung stellte zur Generalversammlung mehrere Anträge. Zur Generalversammlung wurde unser Bezirksvorsitzender Kunz aufgestellt. Der vom Vororte gewählte Vorstand wurde per Affirmation als Bezirksvorstand gewählt. Von einer Abhaltung eines Bezirksjubiläumfestes wurde wegen des in diesem Jahr in Barmen stattfindenden VI. rheinisch-westfälischen Buchdruckerkongresses und mit Rücksicht auf die kommende Zeit Abstand genommen. Die anregend verlaufene Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Verband.

Bremen. (Maschinenseherverein „Nordwest“.) 64 Kollegen aus 16 Orten des Bezirks waren dem Rufe zur Generalversammlung gefolgt, welche am 12. Februar in Bremen stattfand. In der Begrüßungsansprache hieß der Vorsitzende Dittmeyer die erschienenen Kollegen, ebenso die Vertreter des Gau- und Bezirksvorstandes herzlich willkommen. Zum Jahresberichte, welcher gedruckt vorlag, führte Redner aus, daß das abgelaufene Geschäftsjahr sich im allgemeinen in ruhigen Bahnen bewegte. Ein zahlreicher Besuch der Versammlungen am Vororte zeige das erfreuliche Interesse an unserer Spezialorganisation. Der Mitgliederstand sei 83 gegen 71 im Vorjahre, die Zahl der Maschinen beträgt 83. Aus den Berichten der verschiedenen Orte des Vereinsgebietes war zu entnehmen, daß die Verhältnisse im allgemeinen als befriedigende bezeichnet wurden. Der Kassienbericht wurde genehmigt und dem Gesamtvorstand Entlassung erteilt. Den breitesten Raum in der Versammlung nahmen die Anträge und Beratungen zur Tarifrevision ein. In den sachlich geführten Debatten nahm auch Gauvorsteher Ostfeld teil. — Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Bremerhaven gewählt. Der abends arrangierte Kommerz nahm einen gemüthlichen Verlauf; nur zu früh mußten die auswärtigen Kollegen Bremen verlassen.

Dresden. (Maschinensehergeneralversammlung.) Am 5. Februar fand die elfte ordentliche Generalversammlung statt, die von 85 Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende Wegel gab einen Bericht über das verfloßene Jahrzehnt und besonders vom letzten Jahre, die verschiedenen Vorträge über Technisches, Orthographie usw. hervorhebend. In den Vorstand neu gewählt wurde Kollege Wilhelm Köbiger als Kassierer; die andern Kollegen behielten ihre Ämter. Bei Besprechung des Statuts des neuen Mitgliedsbuchs wurde beschlossen, das lokale Statut unsrer Vereinigung einstufteln noch bestehen zu lassen. Kollege Köbiger führte noch den Werdegang der Annotenmatrizen vor; diese Matrizen müssen 38 Maschinen durchlaufen, ehe sie gebrauchsfertig sind. An die Versammlung schloß sich ein beifälliger benannter Lichtbildvortrag über die Entwicklung der Segmaphone. Ein gemüthliches Beisammensein beschloß den Abend.

**Fg. Dresden.** (Maschinenmeisterverein. — Halbjahrsbericht). Das zweite Halbjahr war in bezug auf das Vereinsleben ein arbeitsreiches. Lehrsreiche Ausführungen über die Form bei Einreichung einer Klage an das Schiedsgericht sowie über das Verhalten vor demselben machte der Vorsitzende Lehmann in der Augustversammlung. — In der Versammlung vom 11. September nahm man vom Mundschreiber 27 der Zentralkommission Kenntnis, welches den Wechsel in der Leitung mitteilte. Die ausgelegten Johannisfestdrucksachen unterzog Kollege Lorenz einer kritischen Besprechung. — Über die am 25. September in Leipzig stattgehabte Vorstandskonferenz gab Kollege Lehmann in der Oktoberversammlung einen längeren instruktiven Bericht. Man war mit der Art der von der Konferenz erzielten wichtigen Tagesordnung, welche die Vorbereitung der Wünsche zur Generalversammlung bzw. zur Tarifrevision enthielt, einverstanden. — Den schon im Mai angekündigten Vortrag über das Tiefdruckverfahren hielt am 6. November Kollege Mag. Meiler. In der Hand von reichlichem Materiale schiederte sich der Vortragende die Entwicklung des Tiefdrucks bis zur neueren Zeit. Die lehrreichen Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. — In Anbetracht der sich häufenden Unfälle ist es von Wichtigkeit, die Kollegen über deren Ursachen und Verhütung aufzuklären. Zu diesem Zwecke hielt Kollege Meißner in der Dezemberversammlung einen Vortrag über: „Betriebsunfälle“. Die lebhafteste Diskussion zeigte, daß auch auf diesem Gebiet unsere Kollegen den aufklärerischen Bestrebungen unseres Vereins Interesse entgegenbringen. — Am 5. Februar fand in den „Reichshallen“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Erschienen waren 210 Mitglieder. Vom Jahresberichte, der dieses Jahr nebst Mitgliederverzeichnis gedruckt vorlag, sei kurz erwähnt, daß die Mitgliederzahl von 235 auf 274 stieg und die Kassenerhältnisse als gut bezeichnet werden können. Dem Kassierer Horn wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Gesamtvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung (bis auf den infolge zu hohen Alters abtretenden Kollegen Weiß) wiedergewählt. Der Vorsitzende Lehmann erachtete es als seine Pflicht, dem aus dem Vorstande scheidenden Kollegen Weiß in Anbetracht seiner 31-jährigen aufopfernden Tätigkeit für unsern Verein den Dank abzusagen. Auf Vorschlag des Gesamtvorstandes ernannte die Versammlung den Kollegen Weiß einstimmig zum steuerfreien Mitgliede. Möge es unserm Gustav Weiß vergönnt sein, noch viele Jahre unsere Bestrebungen mit Interesse zu verfolgen! Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Forderungen der Maschinenmeister zur diesjährigen Tarifrevision“, war der wichtigste der Generalversammlung. Nachdem Kollege Lehmann die Sonderbestimmungen in ihrer jetzigen Form und die von der Leipziger Konferenz aufgestellten Änderungen den Anwesenden zu Gehör gebracht hatte, setzte eine lebhafteste, von Sachlichkeit getragene Debatte ein. Die eingebrachten Anträge und deren Begründungen sind ein Beweis dafür, daß sich die Kollegen immer eingehender mit den Bestimmungen des Tarifs vertraut machen. Alle Anträge fanden nach einer einhelfständigen Diskussion einstimmige Annahme. In seinem Schlusswort ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, in Anbetracht der kommenden wichtigen Arbeiten sich recht zahlreich am gesamten Organisationsleben zu beteiligen.

**F.-ch. Essen.** Am 8. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die einen einigermaßen zufriedenstellenden Besuch aufwies. Die Tagesordnung beschäftigte sich außer mit dem ständigen Punkte „Geschäftliche Mitteilungen“ mit dem Jahresberichte des Vorstandes, der Berichterstattung von der letzten Bezirksvorsteherkonferenz und den Angelegenheiten, die den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte für das laufende Jahr gewährleisten. Der Gesamtvorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Ungehindert hat er im vergangenen Jahre seine Pflicht getan. Auch die Wahlen zu den einzelnen Posten, wie: Kartelldelegierte, Revisoren, Krankenbesucher, Herbergs- und Bibliothekskommission, gingen mit einer Ausnahme (Kartelldelegierte) flott vonstatten. Möge dieses ein günstiges Omen für das neue Geschäftsjahr sein, das uns ja so Wichtiges bringt: Gantage, Generalversammlung und — neuen Tarif! Den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz gab Kollege Kraus in klarer, allgemein verständlicher Weise.

**Z. Sauburg.** (Außerordentliche Generalversammlung des Buchdruckervereins in Sauburg-Altona am 9. Februar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen Stähr und Hammer. Alsdann gab der Vorsitzende W. Dreier einige Personalien bekannt und teilte mit, daß demnach wieder ein Meisterkursus stattfinden, an dem noch einige Gehilfen teilnehmen könnten. Auf Anregung des Kollegen Steinhardt drückten die Versammelten den im Kampfe befindlichen Londoner Kollegen ihre vollste Sympathie aus. Kollege Hlitz erbat, ein wachsameres Auge auf etwaige Streikarbeit, sowohl in England wie von Finnland, zu haben. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurden alsdann noch mehrere interne Druckerangelegenheiten erörtert. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Statutenänderungen“ (Teilung des Fonds des Sauburg-Altonaischen Buchdruckerprinzipalvereins) gab Kollege Dreier zunächst einen sifforischen Einblick auf die Entstehung dieses Fonds, der 1826 gegründet wurde und dem die sehr hohen Eins- und Ausfuhrgebühren der Lehrlinge zufließen. Verwendung wurde dieser Fonds zu Unterstützungszwecken für Kranke, Invaliden und Witwen. Nach den mehrfachen Neuordnungen der Unterstützungsverhältnisse und den Umwandlungen der Zinnung wurde schließlich im Jahre 1899 ein

Abkommen zwischen den Prinzipalen und den Gehilfen getroffen, wonach erstere die Verwaltung des Vermögens (35700 M.) übernehmen und die Zinsen halbjährlich den Gehilfen überwiegen zur Verteilung an die Invaliden und Witwen. Jetzt ist ein Abkommen dahin erzielt, daß den Gehilfen 30000 M. zutommen sollen und den Prinzipalen die restlichen 5700 M. Die Gelder sind wie bisher aber nur zu Unterstützungszwecken zu verwenden. Die Teilung des Geldes auf dieser Grundlage wurde nach kurzer Debatte einstimmig beschlossen. Alsdann lag eine große Anzahl Anträge zur Generalversammlung des Verbandes vor. Auf Antrag Steinhardt's sollen diese erst gedruckt und in einer späteren Versammlung beraten werden. Bei dem Berichte der letzten Kartellversammlung erbat der Berichterstatter Kollege Corti um möglichste Unterstützung der Kinderschutzkommission; ihm schlossen sich mehrere Kollegen aus der Versammlung an, besonders betont, daß die Mitarbeit von Frauen sehr erwünscht sei. Zum Schluß kamen noch einige interne Sachen zur Sprache.

**dt. Hannover.** Die Mitgliederversammlung am 8. Februar war sehr gut besucht. Der Vorsitzende gedachte in ehrenwerten Worten des verstorbenen Faktors Wilhelm Trübel (Mitglied seit 1868). Punkt 2 der Tagesordnung: „Anträge zur Generalversammlung“, löste eine lebhafteste Debatte aus, zeigte aber die Einmütigkeit und Geschlossenheit der hannoverschen Kollegenschaft. Zum Schluß machte der Vorsitzende einige Mitteilungen über die aus Anlaß der in Hannover stattfindenden Generalversammlung geplanten Versammlungen, welche die allseitige Zustimmung der Versammlung fanden. Unre allezeit langesprohen „Typographen“ finden ein reiches Verbandsfeld. Die nötigen Geldmittel wurden dem Vorstande zur Verfügung gestellt. Der neugewählten Arbeiterkameradschaft erhielt eine Unterstützung von 25 M.

**Siedelberg.** Die am 12. Februar abgehaltene Jahreshauptversammlung war von 110 Mitgliedern (Heidelberg 9, Abelsheim 2, Mosbach 8, Sinheim 3, Tauberbischofsheim 2, Wiesloch 2) besucht und wurde von der Gesangsabteilung „Typographia“ mit dem Chor „Mein Hoch dem Verband“ eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Schneider des am selben Tage verstorbenen Kollegen Peter Hoffmann, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Nach Erledigung eines Aufnahmegeruchs erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß unser Bezirksverein auch im verfloffenen Jahre vorwärts gekommen ist. Die vom Kassierer gegebene Rechnungsablage der Bezirkskasse und der Krankenkasse „Typographia“ wies ein befriedigendes Ergebnis auf. Hierauf gelangten die von einer Kommission ausgearbeiteten Anträge zur Generalversammlung, des Verbandes zur Beratung und fanden einstimmige Annahme, desgleichen der Antrag, sämtlich im Bezirke konstituierenden Mitgliedern zu den beiden Hauptversammlungen freizeigend zuzulassen. Der Gesangsabteilung „Typographia“ wurde ein Zuschuß von 100 M., der Typographischen Vereinigung ein solcher von 25 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Die Johannisfeier soll in Verbindung mit dem zehnjährigen Stiftungsfeste der Gesangsabteilung durch einen Ausflug ins Neckartal begangen werden. Nachdem sodann noch einige andre Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte die Neuwahl des Gesamtvorstandes, die nur hinsichtlich eines Revisors eine Änderung brachte. In das Gewerkschaftskartell wurden vier, in das Graphtische Kartell sechs Delegierte gewählt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die, wenn auch manchmal etwas stürmisch, so doch sachlich verlaufene Versammlung geschlossen.

**Siedelberg.** (Maschinenmeisterklub.) Die am 5. Februar abgehaltene Generalversammlung wies einen guten Besuch auf. Bezirksvorsitzender Schneider wohnte ihr bei. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ erstattete der Vorsitzende den eingehenden und übersichtlich ausgearbeiteten Jahresbericht. Die Fluktuation war auch im verfloffenen Vereinsjahr eine rege. Die Mitgliederzahl stieg auf 19. Hierauf schloß sich der Bericht des Kassierers, dem zu entnehmen ist, daß sich die Kassenerhältnisse gegenüber dem Vorjahr etwas gehoben haben. Zum Punkt „Anträge zur Generalversammlung der Mittelrheinischen Maschinensehervereinigung in Mainz“ wurde dem Delegierten die entsprechende Stellungnahme überlassen. Als Delegierter wurde der Vorsitzende L. Bender gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, die in Frankfurt a. M. aufgestellte Victorline zu besichtigen, und wurde zu diesem Zweck ein Sonntag im März ausgerufen. Die halbe Fahrt trägt die Klubkasse. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde als Vorsitzender Kollege L. Bender wiedergewählt. Als Kassierer amtierte schon seit einer Reihe von Jahren Kollege Schweinforth. Mit einem Appell, sich ganz besonders an den Vorstand des Bezirksvereins reger zu beteiligen, denn nur eifrige Verbandsmitglieder könnten tüchtige Spartenmitglieder sein, schloß der Vorsitzende die in allen Teilen anregend verlaufene Versammlung.

**Selbroun a. N.** (Maschinenmeisterverein.) Inse am 6. Februar stattgehabte Generalversammlung hatte keinen guten Besuch aufzuweisen. Von 60 Kollegen waren nur 20 anwesend. Nach Verlesung des Jahres- und Kassenerichts wurde zu den Neuwahlen geschritten, welche eine teilweise Erneuerung des Vorstandes ergab. Der Verein begehrt dieses Jahr die Feier seines zehnjährigen Bestehens.

**Kottbus.** Die am 5. Februar in Kottbus stattgehabte Bezirksversammlung erfreute sich ausnahmsweise eines guten Besuchs. Es waren Kollegen erschienen aus den Orten Kottbus, Forst, Kirchhain, Lübben, Lübbenau,

Beitz, Sorau, Spremberg und Wetzschau. Dem Berichte des Vorstehers war zu entnehmen, daß sich im vergangenen Jahre die Mitgliederzahl im Bezirke trotz 30 Neuaufnahmen nur um 2 vermehrt hat. Bei der Firma Rauert & Wittus in Sorau herrschen eigenartige Zustände und findet deshalb ein großer Personalwechsel statt. Im Laufe des Jahres 1910 reisten dort 25 Verbandskollegen zu, aber 27 schiedelten den Sorauer Staub wieder von ihren Pantoffeln. Daher nimmt Sorau allein den dritten Teil der gesamten im hiesigen Bezirke gezahlten Arbeitslosenunterstützung in Anspruch. Von einigen Kollegen wurden die dortigen Verhältnisse treffend illustriert und darauf hingewiesen, daß die betreffende Druckerei eine Hochburg der Marie G.-B. sei, und das sagt wohl genug. Die betreffende Firma legt ihren Lehrlingen im Lehrvertrag auch die Verpflichtung auf, noch ein Jahr nach dem Auslernen in der Buchdruckerei als Gehilfe zu arbeiten, und wer sich erdreiste, vor Ablauf dieser Zeit davonzugehen, wird mit 5 Mark Strafe pro Woche belangt, die von den Eltern des Betreffenden eingezogen werden. Da einem Kollegen deswegen das Arbeitsbuch einbehalten wurde und er dadurch in seinem Fortkommen geschädigt war, verklagte er die Firma wegen Schadenersatz. Die tariflichen Instanzen konnten ihm in diesem Falle jedoch auch nicht helfen und da die Industriestadt Sorau leider noch kein Gewerbegebiet besitzt, soll die Sache nunmehr vor dem Amtsgerichte zum Austrage kommen. Auch bei der Firma Eggen & Co. waren Monitus zu erheben. Gavourstehender Hannack warnte die Kollegen dringend, ohne vorherige Erkundigung bei den in Betracht kommenden Instanzen in eine Kondition zu gehen. Die im Bezirke geführte Überstundenstatistik ergab im großen und ganzen einen Rückgang der Überstunden. Die Bezirksliste vergleicht bei einer Einnahme von 939,25 M. und einer Ausgabe von 659,53 M. einen Bestand von 279,72 M. Die Vorstandswahl zeitigte die Wiederwahl des Vorstehers Kollegen A. Beck und des Kassierers Kollegen J. Greimann. Der Schriftführer wurde neugewählt. Gavourstehender Hannack gab sodann in seinem Referat „Was erhoffen wir von der nächsten Tarifrevision?“ einen interessanten Situationsbericht. Die Versammlung dankte ihm durch reichen Beifall für die lehrreichen Ausführungen. In längerer, sachlicher Debatte wurden darauf die Anträge zur Tarifrevision beraten. Zur Generalversammlung des Verbandes wurde eine Reihe von Anträgen gestellt (die wir getriden haben, da wir schon in Nr. 6 haben, von ihrer Wiedergabe oder Erörterung im „Korr.“ abzusehen, und zwar aus Raumrückichten, weil sonst an eine Bewältigung des Stoffes gar nicht mehr zu denken wäre. Es kommt jedoch noch ein anderer Umstand hinzu. Während in diesem Bericht ein auf finanziellem Gebiete liegender Antrag lediglich gestreift wird, sodas ein Fernstehender daraus keinen Schluß ziehen kann, ist er in der Tagespresse breitgetreten und auch von der Fachpresse bereits aufgegriffen worden. Siehe die betreffende Rundschauausgabe in voriger Nummer. Das ist entschieden zu mißbilligen. Es muß verlangt werden, daß allenfalls alles getan wird, was eine einheitliche Taktik erfordert. Wenn aus diesem Grund eine Detaillierung im „Korr.“ unterbleibt, darf die gleiche Sache nicht einen andern Weg in die Öffentlichkeit finden und auf diese Weise eingehender publik werden. Red.). Zum Gautage wurden Anträge nicht gestellt. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Beck nominiert. Zum Gautage wurden zehn Kollegen als Kandidaten aufgestellt. Nachdem der Vorsteher die Kollegen ermahnt, in Anbetracht der bevorstehenden Tarifrevision sich als überzeugungsstetue Verbandsmitglieder zu betätigen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**er. Schneidemühl.** Mit Freude und Genugtuung dürfte die Nachricht von der am 5. Februar erfolgten Gründung eines Ortsvereins Schneidemühl-Kolmar nicht nur von denjenigen unsern Kollegen aufgenommen werden, die unsere Stadt und ihre Verhältnisse aus Erfahrung kennen, sondern insbesondere auch von denen, die mit Interesse die langsam aber stetig fortschreitende Verbandsbewegung in den östlichen Provinzen verfolgen. Als am 29. Januar Gavourstehender Wagner (Posen) in unserer Mitte weilte, tam in der erfolgten Aussprache die erste Anregung in dieser Sache. Am 5. Februar versammelten sich dann die Kollegen aus Kolmar, die inzwischen durch den Bezirksvorsteher Zietke (Bromberg) informiert waren, und die hiesigen Mitglieder, um über die Gründung zu beraten. Vom Bezirksvorstande war außer dem Kollegen Zietke auch noch der Kassierer Mindfleisch anwesend. Ersterer führte treffend aus, daß der engere Zusammenschluß der hiesigen Mitglieder nicht nur die kollegiale Eestimmung zu heben geeignet sei, die sich dann wieder in desto freudigerer Mitarbeit im Vereinsresp. Verbandsinteresse betätigen würde, sondern daß vor allen Dingen dies vielleicht die einzige Möglichkeit bedeute, den verhältnismäßig vielen Nichtmitgliedern, die bisher bedauerlicherweise nicht für unsere Sache zu erwärmen gewesen waren, bezugzukommen. Die Versammelten waren denn auch einstimmig für die Gründung des Vereins und wählten in den Vorstand den Kollegen Joseph Gageik (Schneidemühl) als Vorsitzenden und Kassierer. Es folgte die Erledigung einer Anzahl innerer Angelegenheiten und zum Schluß nach ermahnenden Worten des Bezirksvorstehers ein kräftig ausklingendes Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker. Da wir auch beschlossen haben, uns eine Bibliothek zuzulegen, dürfte es bei dieser Gelegenheit sicher nicht unangebracht sein, größere oder kleinere Vereine, die im Besitze von Duplikaten sein sollten, zu bitten, an uns zu denken.

**dt. Scharnberg** (Schwarzwald). In der am 11. Februar stattgehabten Jahresgeneralversammlung

waren von 18 Kollegen nur elf erschienen. Nach dem Jahresberichte des Vorsitzenden wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die geschäftsführenden Kollegen wurden bis auf den Schriftführer und Bibliothekar für ihre Posten einstimmig wieder resp. neugewählt. Zum Besuche der Bezirksversammlung in Oberndorf meldeten sich neun Kollegen, doch erregte es allgemeinen Unwillen, daß in der jetzigen ersten Zeit kein Referent vom Gauvorfstand auf der Bezirksversammlung erscheint. Leider hat nun auch die erste Schmachlinie ihren Einzug in die hiesige Zeitungsbrederei gehalten. Die Versammlungen des kommenden Jahres sollen, wie es früher war, mit Vorträgen technischer und sonstwie belehrenden Inhalts interessant gestaltet werden.

**b. Schwabach.** In einer gemeinsamen Versammlung des hiesigen Ortsvereins mit den Lithographen und Steinbildnern, welche fast vollständig besetzt war, referierte der Gemeindebevollmächtigte Kämmernann über die Unfallschiedsgerichte. Der Vortragende schilderte in nahezu zweifelhafte, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen seine persönlichen Eindrücke, welche er während seiner sechsjährigen Tätigkeit als Arbeitnehmerbeisitzer am Schiedsgerichte gewonnen hat. Den Arbeitern könne nicht genug ans Herz gelegt werden, bei etwaigen Unfällen sich sofort an die zuständigen Stellen zu wenden. Bezüglich der Rentenbemessungen liege noch viel im Argen. Die Renten hätten sich auch nach dem neuen Versicherungsgeetze prozentual verschlechtert. Der Referent schloß seine sehr aufklärend unter den Kollegen wirkenden Ausführungen mit der Mahnung, jeden, auch den kleinsten Unfall anzumelden, um sich dadurch vor etwaigen späteren Schäden zu bewahren.

**Wiesbaden.** Inste am 5. Februar abgehaltene und verhältnismäßig gut besuchte Generalversammlung wurde durch einen Gesangsvortrag des Gutenberguartetts („Festhymne“ von Schweichert-Krahl) eingeleitet. Nachdem der Vorsitzende auf die Bedeutung hingewiesen, die das Jahr 1911 für uns Buchdrucker habe und die noch säumigen Kollegen zu reger Mitarbeit aufgefordert hatte, wurde des verstorbenen Kollegen Karl Johae gedacht. Seinen Hinterbliebenen wurde aus Gau- und Bezirksmitteln eine Unterstützung von 50 Mk. bewilligt. Nach Entgegennahme des Jahres- und Kassensberichts erfolgten die Vorstandswahlen. Diese ergaben die Wiederwahl der seitherigen Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden. Der an dessen Stelle gewählte Kollege Goldhäuser sowie der zweite Vorsitzende Gernitz konnten, durch Vereinsgeschäfte behindert, erst nach vollzogenem Wahlakt in der Versammlung erscheinen. Ersterer lehnte ab, da die Erinnerung an die des ungetreuen Kassierers Vertina wegen entstandener Differenzen noch zu frisch seien. Bestenfalls konnte wegen bevorstehender Abreise eine Wahl nicht annehmen. Es sei ihm an dieser Stelle damit abgetatet für die respektable Leistung der in mühevoller Arbeit u. herausgefundenen Gehaltsbeiträge des früheren Kassierers. Um sich in der Zwischenzeit nach geeigneten Kandidaten umzusehen, wurde die Wahl des ersten und des zweiten Vorsitzenden auf die in drei Wochen festgesetzte außerordentliche Bezirksversammlung vertagt. Bei einem weiteren Punkt bewilligte die Versammlung einen ständigen Beitrag von 10 Mk. monatlich, um die rege Agitation in den dem Ortsvereine Limburg a. R. zugewiesenen Druckorten wirksam zu unterstützen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung mußten der vorgefertigten Bericht wegen für die nächste Versammlung reserviert werden. Sodann erstattete der bisherige zweite Vorsitzende Bericht über die Angelegenheit Vertina. Der Ertrag seiner Ausführungen gelangte bereits in der Rundschaunotiz in Nr. 17 zum Ausdruck. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß für die geleisteten Beiträge den Mitgliedern vollständige Sicherheit geboten werden müsse. In dem noch verstorbenen wurde, daß durch eifrige Nachprüfung den Mitgliedern keine Verluste an Beiträgen entstehen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Zeitz.** In der am 4. Februar tagenden Monatsversammlung, der auch Gehilfenvertreter Rönig (Halle) beiwohnte, war die Firma G. Wendel („Zeiter Anzeiger“) Gegenstand vieler Beschwerden. Diese Firma hatte im Laufe des verfloffenen Jahres bei einem Sezerpersonalen von durchschnittlich neun Köpfen einen Zu- und Abgang von nicht weniger als 37 Gehilfen zu verzeichnen. Bereits zwei Druckerfassungen beschäftigten sich mit der Firma. Nach der inzwischen erfolgten Aussprache unfres Gehilfenvertreters mit der Firma sieht zu erwarten, daß die gerechtfertigten Klagen des Personals und damit der fortwährende Wechsel endgültig beseitigt werden. Die tariflich nicht einwandfreie Handlungsweise zweier Kollegen wurde scharf verurteilt. Während der eine mit einer Rüge davon kam, die ihm im Wiederholungsfall den Ausschluß androht, wurde gegen den zweiten der Ausschlußantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Der Kartellbericht gab Kenntnis von einer „Buchdruckerdebatte“. Eine große Firma am Orte ließ bei der Firma Wendel die Lohnauszüge herstellen, von denen bereits einige in der Fabrik des Auftraggebers zirkulierten, ehe dieser selbst die Auflage in Händen hatte. Man hatte zunächst Verdacht auf einige Kollegen, die diese Exemplare entwendet haben sollten, doch wurde als Täter ein Lehrling ermittelt, der sofort entlassen wurde. Dieser Vorgang gab einem Kartelldelegierten einer andern Gewerkschaft Anlaß, den Lehrling als „Märtyrer“ hinzustellen. Unser Vertreter schilderte kurz den ganzen Vorgang, dabei mit Recht darauf hinwies, daß es nicht angehe, solchen Vertrauensbruch resp. Diebstahl zu beschuldigen, denn das Gewerbe des Buchdruckers unterscheidet sich wesentlich von andern Berufen in bezug auf Diskretion

über hergestellte Arbeiten. Der Kartellvorstande jedoch meinte, die Ansicht der Buchdrucker sei für ihn nicht maßgebend und — übrigens gehöre die Sache nicht vor das Kartell. Unserem Vertreter war die Möglichkeit zu einer Erwiderung abgeschnitten. Die Ortsvereinsversammlung billigte einstimmig das Verhalten ihres Kartelldelegierten in dieser Sache. Es folgte noch die Erledigung einiger nebenläufiger Angelegenheiten.

## Rundschau.

Ein Buchdrucklehrer wird zum 1. April d. J. von der staatlichen Gewerbeschule in Hamburg gesucht. Das „Hamburger Fremdenblatt“ bringt darüber in seiner Nummer vom 16. Februar folgende Information: Freie Lehrstellen an der staatlichen Gewerbeschule. An der hiesigen staatlichen Gewerbeschule sind vorbestimmte budgetrechtlicher Genehmigung zum 1. April d. J. drei ordentliche Lehrstellen zu besetzen, und zwar je eine durch einen Schriftseher, einen Dekorationsmaler und einen Elektrotechniker. Das Gehalt beträgt 4000 Mk. bis 7000 Mk., steigend in je drei Jahren um 600 Mk. Die Anrechnung von früheren Dienstjahren ist nicht ausgeschlossen. Alle Bewerber müssen gute Allgemein- und Fachbildung besitzen, längere Erfahrungen im Unterrichten nachweisen und womöglich zur Führung des Meistertitels in ihrem Berufe berechtigt sein. Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnissen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift sind bis zum 6. März d. J. an den Direktor der Gewerbeschule, Professor Wetwerth, Hamburg 5, Steintorplatz, einzuliefern.

Verufung einlegen will Herr Jakob Krämer gegen die Freisprechung Krahl vor dem Köhler Schöffengericht. Er möchte sich absolut beliebtig fühlen durch einen bestimmten, ganz allgemein gehaltenen Passus im „Forr.“. Dieses Vergnügen können wir ihm nicht föhren, und so mag er dem Gutenbergsbund auch noch die Kosten der zweiten Instanz aufpassen. Bezeichnend ist, daß in den wenigen Zeilen, die der „Typ.“ über diese Sache bringt, wieder einige Karambologien mit den Tatsachen vorkommen. Wir werden auf diesen sehr interessanten Prozeß nunmehr erst später eingehender zu sprechen kommen.

Untariffliche Offerten versendet ein Buchdruckereibitzer in Bessen, indem er für seine Druckerlei, die in einem Orte mit weniger als 6000 Einwohnern unter die tariflichen Ausnahmebestimmungen für Arbeitszeit und Entlohnung fällt, einen Gehilfen zu erwischen sucht, der bei ihm Gelegenheitsarbeiten tun soll, in einem halben Jahre sich als Maschinenführer auszubilden, und zwar für das Handseherminimum; außerdem müßte der betreffende Gehilfe sich verpflichten, soweit für ihn an der Maschine keine Beschäftigung vorliegt, als Handseher tätig zu sein und überdies noch einen Jahresvertrag mit vierwöchiger Kündigung einzugehen. Das sind Zumutungen, die es jedem tarifreifen Gehilfen ohne weiteres verbieten, darauf einzugehen. Es handelt sich dabei um die Stellung, die in Nr. 12 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ unter der Chiffre 436 B. ausgehrieben war.

Nach Tarif wird nicht bezahlt, erklärt kategorisch ein Herr Joseph Schlichter, Besitzer einer Eisen- und Schreibwarenhandlung, Verleger der „Briener Zeitung“, der „Obinger Zeitung“, des „Nachtalboten“ und des „Führers durch den Ehemann“ zu Priem am Chiemsee. Hochachtungsanbe die hier vielseitige Mann einen berartigen Mas als Antwortschreiben an verschiedene Bewerber, die sich auf Inserat in Nr. 11 der „Buchdruckerwoche“ an den ihnen bis jetzt noch unbekanntem Eisenhändler und Buchdruckereibitzer im Ehemann wandten. Wir stellen dies öffentlich fest, damit Herrn Schlichters „tariffliche“ Stimmung allgemeine Beachtung findet und ihm die Möglichkeit gesichert wird, sich in Zukunft mehr mit seinem Eisenhandel zu beschäftigen, für den er ein größeres Verständnis zu besitzen scheint als für das Buchdruckgewerbe. Da er die Adressaten seines vorstehend beleuchteten Anschreibens um sofortige Mitteilung ihrer Ansicht über sein Angebot ersuchte, diese es aber zweckmäßiger fanden, dem Herrn Schlichter durch uns ihre Antwort zukommen zu lassen, so wollen wir ihm nicht verhehlen, daß es in Deutschland jedenfalls keinen Buchdruckergehilfen gibt, der, wenn er noch im Besitze seiner fünf gefunden Sinne ist, sich unter dem Dache des Herrn Schlichter wohl fühlen würde. Denn wer heute noch glaubt, die tarifmäßige Bezahlung für einen Buchdruckergehilfen als Luxus betrachten zu können; dessen Begriffe über leben und leben lassen sind so schwache, daß ein chinesischer Kuli dadurch kaum in Schatten gestellt werden kann. Wir glauben darum annehmen zu dürfen, daß sich Herr Schlichter auf solchen Pfaden sehr verlassen fühlen wird, wozu wir ihm im voraus kondolieren.

Eine wahre Schwindelnummer ist die Ausgabe des „Xylograph“ vom 17. Februar. Es fällt uns natürlich nicht im Schlaf ein, dieses gegen den Verband und eine ganze Anzahl seiner Funktionäre gespannene Mägenewebe in allen seinen Einzelheiten unsern Lesern zu zeigen. Eine Gelegenheit, das Bundesorgan in seiner abstoßenden Verlogenheit zu zeigen, bietet sich soviel demnachst. Man wird verschließentlich die Augen aufreihen! Hier sei nur ein Augenprodukt herausgegriffen. Da wird an eine falsche Zeitungsmeldung über den Fall Vertina angeknüpft und mit Behagen die Behauptung unterstrichen, Vertina wäre seines Postens als Kassierer in Wiesbaden entzogen, weil er es vorzog, die Sitzung seines Kriegervereins zu besuchen. Nicht, weil die Neutralität des Verbandes im Bundesorgan seit Wochen zu Tode geschunden wird — wozu auch die Angelegenheit Vertina herhalten muß —, sondern um einer Mythen-

Bildung infolge anderweiter Zeitungsmeldungen entgegenzuwirken, sei kurz erklärt, daß Vertina einem Kriegervereine viele Jahre als Mitglied angehörte. Er ließ sich nicht allzu lange Zeit vor seiner Unterniederlegung aber auch in den Vorstand desselben wählen, und von da an daktierte eine direkte Vernachlässigung seines Vorstandspostens in unsrer Organisation, die nicht gebuldet werden konnte, zu Differenzen führte und dann seinen Rücktritt zur Folge hatte. Da dem ehrenwerten „Xylograph“ der Fall Vertina also gegen das Konzept geht, kann er sein Interesse andern Gebieten zuzuwenden, z. B. der Tarifrevision, die für ihn und den Bund in noch recht weitem Felde zu liegen scheint, denn nach eigener Versicherung ist sein Grund zur Überlegung vorhanden. Was wohl zu glauben ist, denn das tarifliche Interesse kommt beim Gutenbergsbund ganz, ganz zulezt. Schreibt doch vortürlich die Redaktion des „Typ.“ am 17. Februar: „Es machen sich auch bereits in unsern Mitgliederkreisen Stimmen geltend, welche eine Ventilierung (ohne Ventil scheint es gar nicht mehr zu gehen. D. G.) der Tariffrage von uns fordern.“ Nachdem die Prinzipale seit dem Herbst vergangenen Jahres sich eifrig mit den Einzelheiten der Tarifrevision beschäftigt, kommt der „Typ.“ jetzt und erklärt, daß im Gutenbergsbund „bereits“ doch schon Stimmen laut werden zur „Tariffrage“. Na, nur keine Überstimmung, ihr Herren!

„Noch eine solche Versammlung, und wir bringen Aufnahmefähigkeit mit!“ Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Aus Anlaß des Todes Wilhelm Hoffsch sei den Kollegen jene denkwürdige allgemeine Buchdruckerfassung in Erinnerung gebracht, die im Januar 1908 in Braunschweig stattfand und in welcher Kollege Krahl referierte. Derselbe war äußerst zahlreich auch von den hiesigen Nichtverbandsgesilfen besucht. Der Gutenbergsbund hatte seine Mannen aus der ganzen Umgebung zusammengetrommelt und war in ständlicher Anzahl, mit dem damaligen „Xylograph“-Redakteur Hoffsch in der Mitte, erschienen. Besterer war vermessend genug, zu glauben, die vorzüglichsten Ausführungen des Kollegen Krahl widerlegen zu können. Aber es kam anders. Der Referent, Redner aus der Versammlung und der Bezirksvorsteher setzten Hoffsch gehörig zu und übten eine geradezu niederschmetternde Kritik an dem gehilfenschnäbigen Treiben des Bundes. Da sogar die Nichtverbandsgesilfen dem Bund in dieser Versammlung ihre Beachtung ausdrückten, so war die Niederlage vollständig und die Blamage eine große. Nicht wenig erstaunt war aber alles, als bald darauf im „Xylograph“ ein Bericht über diese Versammlung erschien mit dem bombastischen Schlusse: „Noch eine solche Versammlung, und wir bringen Aufnahmefähigkeit mit!“ Humorveranlagte Kollegen haben diesen Satz zum geklügelten Wort in Braunschweig gestempelt. Nun ist er dahingegangen, von wo es kein Wiederkommen gibt, die händlerischen Aufnahmefähigkeit aber sind heute noch nicht gekommen. Was auch gar nicht nötig war, denn der einst 30 Mann zählende Ortsverein G.-B. ist zerprengt und nur ein ganz klägliches Rest ist noch vorhanden, der teils offen, teils verdeckt in tarifuntreuen Druckereien sein armseliges Dasein fristet. Sic transit gloria mundi!

Erstföhrung wurde in Kreuznach am dem Heimwege der Buchdruckerlehrling Heinrich Stieb von einem Glasmacher ohne jede Ursache. Der Ermordete, der der einzige Sohn hochbetagter Eltern ist, hätte zu Ostern dieses Jahres seine Lehrzeit beendet. Der Mörder ist schuldig.

Fraktur oder Antiqua? Wegen die allgemeine Einführung der Antiquaschrift in den Schulen hat der Ausschub zur Abwehr des Antiquaschriftzwanges eine bringliche Eingabe an den Reichstag gerichtet, die Frage an den Ausschub zurückzuwerfen.

Patentrechtigkeiten sind zwischen der Faberschen Buchdruckerei in Magdeburg und der Vogtländischen Maschinenfabrik in Plauen wegen des neuen Illustrationsdruckverfahrens entstanden, und zwar deshalb, weil die Fabersche Druckereileitung ihre Erfindung nachträglich der König- & Bauerischen Maschinenfabrik in Würzburg übertrug, obwohl bis vor kurzem mit der Vogtländischen Maschinenfabrik in der gleichen Sache Geschäftsverbindungen bestanden haben. Es scheint nun die letztgenannte Maschinenfabrik mit dieser Veränderung nicht ganz einverstanden zu sein, so daß die Erfinder des neuen Verfahrens sich zu Abwehrgeschritten genötigt sehen. Es ist eine befremdliche Sache, daß die meisten bedeutendsten Erfindungen in den letzten Jahren mit solchen Formalitäten belastet werden. Ihre praktische Verwertung wird dadurch nur erschwert und ihre Einführung gehemmt.

Ein teurer Denkwortel wurde einem ehemaligen Redakteur der „Wahrheit“ vom Berliner Schöffengericht wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Deutschen Zeitungsvorlegervereins, Dr. Max Jänede, ausgeföhrt. Er muß für einen Artikel, den er nicht einmal selbst geschrieben hat, sondern nur preßgesetzlich verantwortete, 900 Mk. Geldstrafe zahlen, weil darin wahrheitswidrig behauptet wurde, Dr. Max Jänede hätte seinen Abschied als Reserveoffizier nehmen müssen, da er sich durch seine Beziehungen zu Maximilian Harden als Offizier unmöglich gemacht habe; außerdem habe Herr Jänede diese beglückliche Vorhaltungen durch den Bezirkskommandeur Engelbrecht nur mit zusammengewogenen Fakten angelehrt und sich dann wortlos entfernt. Es war dem Angeklagten nach Ansicht des Gerichts nicht gelungen, für diese Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen, obwohl der Rechtsanwalt des Angeklagten gegenentlicher Auffassung war, so daß die Verurteilung des angeklagten Redakteurs ausgesprochen und nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte nicht selbst der Verfasser des belei-

genden Artikels war, von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen wurde.

Die Wahrung berechtigter Interessen nach § 193 des Reichsstrafgesetzbuchs erkannte kürzlich auch das Schöffengericht in Meß der Presse zu. Die Sache selbst, um die es sich handelte, spielt für uns keine Rolle, da es sich um eine nach unster Ansehung vollständig berechnete Kritik kommunaler Eigenheiten eines Meyers Vororts handelte. Erwähnenswert halten wir nur die richtige Begründung des freisprechenden Urteils. Es heißt da: „Die Presse sei aber berufen, öffentliche Schäden und Mängel zu besprechen. Die Zeitung sei hier nicht über ihre Grenzen hinausgegangen, sie habe lediglich im öffentlichen Interesse gehandelt.“ Hoffentlich stellt sich auch einmal das Reichsgericht auf einen so vernünftigen Standpunkt, damit man es nicht mehr als etwas Besondere bezeichnen muß, wenn einmal ein Gericht eine solche Entscheidung trifft.

Eine weitere Abgabe an die Internationale Hygieneausstellung. Der Zentralverband und die Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine waren vom Direktorium der Ausstellung ebenfalls eingeladen worden, sich an der Ausstellung zu beteiligen, was von den Eingeladenen nach eingehender Erörterung der näheren Einzelheiten auch zugeagt wurde. Nun meldet die „Dresdner Volkszeitung“, daß durch die inzwischen eingetretenen Tatsachen, durch die der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften eine Beteiligung an der Ausstellung unmöglich gemacht wurde, auch die Konsumvereine sich veranlaßt sahen, ihre Zusage zurückzugeben. Sie werden also ebenfalls die Ausstellung nicht besuchen. Die hier und da schon getroffenen Vorbereitungen sollen aber nicht vergeblich sein, indem entweder schon dieses Jahr in Leipzig oder im nächsten Jahre zum Konsumgenossenschaftstag eine Ausstellung arrangiert werden soll. In diesem Sinne hat vor einigen Tagen der Vorstand des Zentralverbandes in einer Sitzung in Leipzig beschloffen. Sein Vorgehen bedeutet eine Demonstration gegen die Behandlung der Gewerkschaften, mit der alle organisierten Arbeiter sicher einverstanden sind.

Rein Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen. Im „Hannoverschen Courier“ vermahnt sich das neue preussische Herrenhausmitglied, Alampnermeister Plate, gegen die von mehreren Berliner Blättern und auch von uns gebrachte Behauptung, daß er auf der Konferenz der preussischen Handwerkskammern am 13. Februar für die Aufnahme des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen eingetreten sei. Er habe im Gegenteil davor gewarnt, weil er sich einen zwangsweisen Unterricht in Religion für junge Leute von 14 bis 18 Jahren als nicht ersprießlich vorstellen könne. Nach seiner Ansicht müsse man die Religion hegen und pflegen als unser kostbarstes Gut, nur nicht durch Zwangsunterricht, sonst würde man das Gegenteil erreichen von dem, was man wolle. Daraus ist also zu entnehmen, daß Herr Plate zu Unrecht in Verdacht gebracht wurde, die Fortbildungsschulen mit religiösen Lehreinhalten zu verwechseln. Jeder aufrichtige Freund einer richtigen Nahrungsmittel- und Fortbildungsschulen für Handwerk und Gewerbe wird das nur begrüßen, obgleich bei dieser Gelegenheit immer noch die Frage offen bleibt, warum Herr Plate sich überhaupt genötigt sah, auf der betreffenden Konferenz vor einer Verquickung von Religion und Fortbildungsschule zu warnen. Denn wenn Plattes Warnung überhaupt einen Sinn gehabt haben soll, dann doch nur als Abwehr gegen einen gewissen Antrag nach dieser Richtung. Sollte vielleicht das preussische Kultusministerium selbst eine solche Anregung gegeben haben? Zweifelhaft rätselfhaft bleibt demnach der Vorfall immer noch, wenn auch Herr Plate dabei in korrekter Weise seinen Mann stellte.

Boykott, Reichsgericht und Kammergericht. Das Reichsgericht hat ein Urteil des preussischen Kammergerichts zur nochmaligen Verhandlung an die letztgenannte Instanz zurückgewiesen, weil entgegen der Rechtsprechung des Reichsgerichts durch das Urteil sechs Arbeiter und die Wortwärtrederei in Berlin zu Schadenersatz wegen Boykottvergehen verpflichtet wurden. Der Boykott, der dieser Klagefrage zugrunde lag, war derjenige, der seinerzeit von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Zehlendorf bei Berlin über das Wirtshaus „Fürstenhof“ verhängt wurde, weil dessen Pächter entsprechend einer Bestimmung seines Pachtvertrags den Saal des Lokals den erwähnten Korporationen nicht zu Versammlungen überlassen wollte. Das betreffende Wirtshaus war Gemeindegut. Land- und Kammergericht traten der Auffassung des klagenden Pächters bei und bezeugten den Boykott als gesehlich unzulässig und verurteilten dementsprechend die Angeklagten, die für die Durchführung des Boykotts besonders tätig waren. Nun hat aber das Reichsgericht entsprechend seiner bisherigen Auslegung des Boykottrechts das Urteil in seinem vollen Umfang aufgehoben und damit zu verstehen gegeben, daß die Arbeiter doch nicht so vogelfrei sind; daß man sie zwar bis zu einem gewissen Grade boykottieren könnte, was durch die angeführte Vertragsbestimmung zum Ausdruck kam, sie selbst aber dagegen nichts unternehmen dürften. Hoffentlich stellt die zweite Entscheidung des Kammergerichts diesen einfachen Rechtsgrund nicht wieder auf den Kopf.

Noch eine abgewiesene Boykottklage. In einem Prozesse der Hammerischen Bierbrauerei in Plauen gegen die organisierte Arbeiterbesatzung als deren Vertreter dem Redakteur Breslau in Plauen und dem Gauleiter Stöcklein in Leipzig durch früher schon erlassene Verfügungen untersagt wurde, irgendwelche Maßnahmen in

Bezugnahme auf einen gegen die Brauerei Hammer gerichteten Boykott zu treffen, wurde vom Landgerichte Plauen der Beschwerde der Angeklagten entsprochen und die Einhaltsbefehle als ungültig aufgehoben. Die Kosten der beiden Beschwerdebeführer und Angeklagten hat die Brauerei zu tragen. Hoffentlich trägt auch diese Entscheidung dazu bei, daß in Zukunft von derartigen gerichtlichen aber unzulässigen Eingriffen in den wirtschaftlichen Kampf Abstand genommen wird. Denn derartige Verfügungen sind doch in Wirklichkeit nichts anderes als eine einseitige Begünstigung der Unternehmerinteressen, indem den Arbeitern die Anwendung eines gesehlich gewährtesten Kampfmittels unterbunden wird, das aber von den Unternehmern ohne jede Beschränkung ausgenutzt wird.

Die Kellnermahreglung im Reichstag, von der wir in Nr. 18 berichteten, hat eine befriedigende Lösung gefunden. Der Vorstand des Reichstags verlangte einstimmig die Wiedereinstellung des entlassenen Kellners, was auch erfolgte, jedoch erst, nachdem der Pachtgesellschaft des Reichstagsrestaurantes mit Kündigung des Vertrags gebroht war. Zur Umschreibung ihres Verhaltens hat die betreffende Gesellschaftsleitung den Präsidenten des Reichstags dahingehend unterrichtet, daß es ihr unbekannt gewesen sei, daß der Abgeordnete Fiedler als Vorstandsmittelglied eine Art Oberaufsicht über das Restaurant habe. Daß der ganze Vorfall überhaupt möglich war, ist so recht typisch für die Einschätzung des sozialen Verständnisses der Reichstagsmehrheit durch die Restaurantleitung. Daran ändert die Jurisdiktion durch die Entlassung nicht das geringste. Denn daß ein Angestellter keinem Menschen sagen dürfte, er hätte seinen Lohn zur Verfügung Zeit noch nicht erhalten, ohne sich des Verrats von Geschäftsgeheimnissen schuldig zu machen, das kann doch nur in einem Witzblatte behauptet und begründet werden.

Im Reichstag wurde dieser Tage die Herabsetzung des Einkommens der Heizer der deutschen Flotte um 10 Pf. täglich mit 162 gegen 155 Stimmen beschloffen. Für diese Verschlechterung stimmten die Konservativen, die Reichspartei, die Polen und vom Zentrum 76 Vertreter; nur zwölf Abgeordnete des Zentrums stimmten dagegen. — Dieser Kammerdage bei Beratung des Marineetats die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion, in der eine bessere Bezahlung der Arbeiterauschiffe und jener Lieferanten der Marineverwaltung gefordert wurde, die mit ihren Arbeitern in einem Tarifvertragsverhältnis stehen. Diese Resolution wurde mit 240 gegen 101 Stimmen angenommen. Es haben also der Widerspruch des Admirals v. Tirpitz und die formellen Bedenken des Abgeordneten Giesberts nichts verbodren.

Folgen der Schmutzkonkurrenz. Die Unterbietung des Verlegers Fider in Paris bei der Vergebung des französischen Generalstabswerts über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 führte bekanntlich zu lebhaften Debatten in der französischen Kammer und beinahe auch zu einer Ministerkrise, wie wir schon in Nr. 8 unter der Stichmarke „Kleine Ursachen, große Wirkungen“ berichtet haben. Nun hat aber diese unfaire Handlungsweise Fiders auch noch weitergehende Folgen gehabt, indem der französische Minister Platon für die Vergebung staatlicher Druckarbeiten neue Vorschriften erlassen hat, die eine wesentliche Verschlechterung für das private Druckgewerbe Frankreichs darstellen. Danach sollen alle Veröffentlichungen des Ministeriums des Außen in der Regel durch die Nationaldruckerei besorgt werden. Sollte diese nicht imstande sein, irgendeine Veröffentlichung zu übernehmen, dann erst kann diese der Privatindustrie übertragen werden. In diesem Falle können aber die Publikationen der Archive des Ministeriums nicht unter der Hand vergeben werden. Von der Vergebung im Offertenwege soll Abstand genommen werden, wenn es sich um eine Publikation handelt, deren Herstellung ein Jahr oder 1500 Fr. an Kosten nicht übersteigt, wenn die Publikation besonders dringlich oder streng vertraulich ist, wenn sich kein Verleger gemeldet hat, oder wenn nur ein Verleger über das genügende Material an Typen, Karten oder Plänen verfügt. Die im Lauf eines Jahres sowohl im Offertenwege als unter der Hand vergebenen Publikationen werden als Anhang dem Budgetentwurf des Ministeriums beigelegt. Diese Bestimmungen umschreiben den fast vollständigen Ausschluß der Privatindustrie von der Herstellung staatlicher Druckarbeiten, wofür die französischen Druckereibesitzer sich nur bei dem Verleger Fider bedanken können.

Im Streife bei der Waggonfabrik in Rastatt hat sich die Situation insofern verändert, als die Hingesetzten Siebenmonatsfinder abgereist sind und nun auch noch 70 der übrig gebliebenen Arbeitswilligen die Arbeit niedergelegt haben, weil die Direktion die bisher gewährten Vergütigungen in Wegfall kommen ließ. Dadurch dürfte die Direktion bald zu Verhandlungen gezwungen sein.

## Literarisches.

„Das Staatsrecht des Deutschen Reichs“, von Ed. Wolf soeben in vierter Auflage herausgegeben. Über 900 Seiten Großtafel. Gebunden 12,50 Mk. Ein Nachschlagewerk über Verfassung und Verwaltungsorganisation des Reichs, des Reichstags, des Bundesrats, der Behördenorganisation, des Gesandtschafts-, Konsulats-, Militär-, Gerichts-, Polizei-, Eisenbahn-, Post-, Telegraphen-, Münz-, Maß-, Finanz-, Zoll-, Handelswesens usw. Diese gründliche Arbeit bildet einen Kommentar des öffentlichen

Rechts, über das heute jeder Gewerkschaftler und Bürger unterrichtet sein sollte. Die Vereinsbibliotheken können durch Anschaffung den Kollegen das Studium dieses Buches erleichtern. Exemplare zu etwas ermäßigtem Preise vermittelt Kollege R. Müllersohn in Stuttgart, Schmalstraße 53, von dem auch auf Wunsch an Interessenten Prospekte der Ansichtsendungen zur Verfügung stehen.

„Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore“, drei Halbmonatschriften, die soeben einen neuen Jahrgang beginnen, machen es sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Urtexte nebensetzte genaue Übersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinns erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Leses- und Lehrstoff, Gespräche, kaufmännische Briefe, Übersetzungsaufgaben sowie eine besondere Rubrik für Brief-, Postkarten- und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese Zeitschriften aufs wärmste empfohlen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch können kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz) bezogen werden. Der Bezugspreis für ein Jahresabonnement beträgt 4 Mk.

## Verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen“. Halbmonatschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 29. Jahrgang, Heft 10 und 11. Abonnementpreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

„Der industrielle Großbetrieb“. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe. Von Richard Wolb, 66tes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Erschienen im Verlage von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart.

„Jahrbuch der Schule Gabelberger für 1911“. Preis 1 Mk. Zu beziehen durch Hedners Verlag in Wolfenbüttel.

„Der Mensch und die Erde“. Die Entstehung, Gewinnung und Verwertung der Schätze der Erde als Grundlagen der Kultur, herausgegeben von Hans Krämer in Verbindung mit ersten Fachmännern. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57. 120 Lieferungen à 60 Pf. Heft 116—119.

„Sozialistische Monatshefte“. Erscheinen alle vierzehn Tage. Heft 3. 1911. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

„Die Schwinnsucht der Arbeiter“, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung. Von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld in Berlin. Die Volksausgabe kostet 20 Pf. und ist durch den Verlag von Alexander-Schicks & Co. in Berlin NW 6 zu beziehen.

„Die Batterien“. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reih. 36tes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Zu beziehen durch den Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart.

„Die Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Heft 17—19 des 29. Jahrgangs. Band 1. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

„Moderne Kunst“, illustrierte Zeitschrift. Verlag von Rich. Bong, Berlin. XXV. Jahrgang, Heft 11. Preis des Heftes 60 Pf.

„Für Alle Welt“, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XVII. Jahrgang, Heft 13. Preis 40 Pf.

## Briefkasten.

E. Sch. in Eilenburg: 26 Beiträge müssen in Ihrem Falle geleistet sein, um Reueunterstützung in Dänemark beziehen zu können. — G. Sch. in Würzburg: Besten Dank für die Überendung des interessanten Ausländerbriefs. Wir werden ihn in einiger Zeit zweckentsprechend verwerten. Frdl. Gruß! — U. A. in Köln: Diese Auseinandersetzungen im „Korr.“ liegen wirklich nicht im Verbandsinteresse. Wir bitten Sie, die zuständigen Instanzen zu einer zweckentsprechenden Erledigung der Angelegenheit heranzuziehen. — U. Z. in Bremen: Ihr Artikel wird mit einigen Änderungen gelegentlich gebracht werden. — U. H. in Freiburg: Sie verstehen es ja ausgezeichnet, unsre Raumschmerzen in ein erfreuliches Gegenteil umzuwandeln. Da der Artikel aber wirklich eine Ausnahmearbeit ist, werden wir ihn so bald als möglich unterzubringen suchen. — Nach Siegen: Den Gedankenirrgängen des Identitätstimm über die christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu folgen, verlohnt nicht. Es läßt sich eben eine große Anzahl von Geistlichen der beiden Hauptkonfessionen nicht nehmen, die Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung nach allen Kräften hintanzufahren. Der Unternehmerricht bleiben sie aus sehr begreiflichen Gründen mit solchen Begleitungsversuchen fern, sie könnten dort sehr schnell herausfinden, wo der Zimmermann ein Loch gelassen hat. Wesentlich für uns ist nur das über die Reichsdruckerei und die dort beschäftigten Buchdrucker Befagte. Es ist dies nicht nur eine starke Unwahrscheinlichkeit, die einem Prediger des Christentums besonders schlecht ansteht, sondern auch eine ganz gewöhnliche Denunziation, die diesen für die Gewerkschaftszersplitterung fanatisierten Geistlichen bei uns richtet. — J. Sch. in Lissa: Ob die geschilberten Differenzen im „Korr.“ bereitet werden, müssen vorher alle andern Wege (und solche gibt es einst-

weilen noch) beschränkt worden sein. Wenden Sie sich doch zunächst an den Bezirksvorstand. — G. und Gen. in Kassel: Wo bleibt der versprochene Brief? — Th. W. in Bonn: 2,15 Mt. — B. R. in Gera: 1,85 Mt.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Mariendorfer Straße 12. Fernsprechanruf VI 11191.

**Odergau.** Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden eruchtet, die Adressen der nachstehend bezeichneten Kollegen in deren eigenem Interesse umgehend dem Vorstande des Odergau — Stettin, Turnerstraße 101 — mitteilen zu wollen: Hugo Richter (Hauptbuchnummer 45193), Georg Andreas (52728), Hubert Witz (63598), Wilhelm Schier (66290), Scheel (75722), Jittersagen (80623), Robert Schmarzena u. (80878), Artur Große (81675), Hermann Schröder (83596), Kiechle (86450), Bernwiese (86542), Gustav Wittke (88344).

**Bezirk Gießen.** (Neulust der Gaudelegiertenwahl.) Es erhielten Stimmen: A. Holland (Gießen) 182, R. Wittig (Burgbad) 113, F. Marmetsche (Fulda) 100, H. Glagow 66, J. Moutarde 66, F. Woned (Gießen) 61, S. Hirt (Niedersachsen) 44; 5 Stimmen gesplittert. Stichwahl zwischen Marmetsche, Glagow und Moutarde. Die gesperrt gedruckten Namen gelten als gewählt.

**Bezirk Saarbrücken.** Als Delegierte zum Gantage wurden gewählt die Kollegen: Gutendorf, Heinzl, Meyer, Rudolph und Port.

**Bezirk Stendal.** Als Delegierter zum Gantage in Röhben wurde Kollege M. Christen gewählt.

**Bezirk Zeitz.** (Gantagsdelegiertenwahl.) Bloßfeld (Weißenfels) 52, Lange (Zeitz) 31, Müd (Weißenfels) 23, Marx (Zeitz) 22, Watz (Zeitz) 10, Pringler (Weißenfels) und Klöpfl (Zeitz) je 1 Stimme.

**Gummersich a. Rh.** Wir warnen hiermit vor dem Drucker Max Basold aus Widaia u. S. Selbiger reiste plötzlich von hier fort unter Zurücklassung vieler Schulden; auch ein Kollege wurde um 30 Mt. geprellt. P. ist kein Mitglied.

**Krefeld.** Die Drucker Hermann Schäben, zuletzt in Neurath b. Düsseldorf, und J. Lippert aus Quablinburg werden gebeten, ihre Adresse zwecks Zustellung einer Schiedsgerichtsfrage umgehend an Jakob Erkelenz, Elisabethstraße 27; einzufenden.

### Adressenveränderungen.

**Bitterfeld.** Kassierer: Ernst Westphal, Töpferwall 20 c.

**Brieg.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Erdmann Spiewol, Ring 10; Kassierer: August Dörries, Burgstraße 17 III.

**Gebweiler i. Elf.** Vorsitzender: Artur Oberle, Wingerverein-Königsstuhl; Kassierer: Jakob Schneider, Sulzer Straße 6.

**Hamburg-Altona.** (Maschinenmeister.) Vorsitzender: Joseph Corti, Hamburg 23, Niderstraße 21, Hochpart.

**Magdeburg.** (Maschinensehervereinigung.) Kassierer: Karl Feuringer, Magdeburg-Neustadt, Moldenstr. 23 I.

**Oberhausen (Rhld.).** Vorsitzender: Karl an Gaad, Grenzstraße 121.

**Paffau.** Vorsitzender: Mag. Wolf, Theresienstr. 33 III; Kassierer: Karl Behr, Innstadt, Leberergasse 14 I.

**Suhl.** Vorsitzender: Adam Köhler, Neuetal 25.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Arnstadt die Seher 1. Paul Rode, geb. in Keltbra 1879, ausgel. in Hofla 1898; war schon Mitglied; 2. Paul Thielefeld, geb. in Arnstadt 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — In Stützerbach der Schweizerdegen Martin Fischer, geb. in Plaua 1891, ausgel. in Gräfenroda 1910; war noch nicht Mitglied. — In Suhl der Schweizerdegen Hugo Henning, geb. in Helmershof 1891, ausgel. in Schmalkalden 1910; war schon Mitglied. — E. Stange in Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz 6/9.

In Duisburg-Weidrich der Seher Oskar Großer, geb. in Königssteele 1892, ausgel. in Steele 1911; war noch nicht Mitglied. — Rudolf Paleyki in Duisburg, Ruhrorters Straße 86.

In Fürstentum (Spre) der Seher Albert Szymanski, geb. in Berlin 1890, ausgel. in Ernter 1907; war schon Mitglied. — In Guben der Maschinenseher Friedrich Dierich, geb. in Wstfeld bei Goslar 1891, ausgel. in Goslar 1910; war noch nicht Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oberstraße 5 II.

In Groß-Gerau der Drucker Karl Volbach, geb. in Wiege i. Belg. 1885, ausgel. in Darmstadt 1904; war schon Mitglied. — W. Knoblauch in Darmstadt, Röhrenring 59.

In Höchst a. M. der Seher Hans Dengler, geb. in Höchst 1892, ausgel. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — In München die Seher 1. Johann Jakob, geb. in Kötting 1864, ausgel. in Cham 1881; 2. Bernhard Köpfel, geb. in Neustadt a. M. 1879, ausgel. das. 1897; waren noch nicht Mitglieder; 3. Max Hermann Kirsten, geb. in Pina 1881, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — In Schweinfurt 1. der Schweizerdegen Georg Meier, geb. in Schweinfurt 1892, ausgel. das. 1910; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Ernst Thiem, geb. in Heßberg 1891, ausgel. in Hildburghausen 1910; war schon Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Rattowitz die Seher 1. Leon Jeschonek, geb. in Königshütte 1885, ausgel. in Rattowitz 1903; war schon Mitglied; 2. Reinhold Kott, geb. in Dabrowa (Ruß.-Polen) 1892, ausgel. Dambrowa 1910; war noch nicht Mitglied. — A. Baumgart, Friedrichstraße 63 II.

In Mannheim der Seher Hugo Boigt, geb. in Mülheim a. d. Ruhr 1887, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — J. Schweigenen der Seher Franz Hutari, geb. in Oberegling 1884, ausgel. in Holzhausen 1902; war schon Mitglied. — R. Lauser in Mannheim, Friedrichstraße 40.

In Mosbach der Drucker Karl Konrad Helm, geb. in Darmstadt 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Karl Schneider, Heidelberg, Obere Neckarstr. 19. — In Necklinghausen der Seher Hugo Droste, geb. in Necklinghausen 1886, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — G. Friedemann in Hochum, Wiemelhauser Straße 42.

In Saarbrücken der Seher August Braun, geb. in St. Wendel 1880, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — In Wöllingen der Notationsmaschinenmeister Friedrich Reffor, geb. in Mannheim 1886, ausgel. das. 1905; war schon Mitglied. — Nikolaus Gutendorf in Saarbrücken 1, Meier Straße 29.

In Sagan der Maschinenseher Friz Roszdeutscher, geb. in Sagan, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — Oskar Diez in Wlogau, Kleine Oberstraße 15.

In Sigmaringen der Schweizerdegen Franz Lachnit, geb. in Schillingsfürst (Bayern) 1890, ausgel. das. 1907; war schon Mitglied. — In Schweningen der Maschinenseher Willi Krehmann, geb. in Laubach 1891, ausgel. in Buzbach 1909; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heustiegstraße 54 p.

In Zweibrücken der Seher Robert Groß, geb. in Wimpfen (Hessen) 1892, ausgel. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — Robert Böhm in Pirmasens, Ringstraße 104.

In Zinsbrud Franz Huber, geb. in Obing (Bayern) 1892, ausgel. in Prien 1910. — Nawratil, Junrain 4/II.

In Zoppau der Seher Adam Kapuschowski, geb. in Koslowapogora (O.-Schl.) 1886, ausgel. in Weuthen 1904; war schon Mitglied. — R. Marlytan, Salzgasse 33.

In Wien der Seher Johann Guf, geb. in Landnorwert (Pr. Schlesien) 1888, ausgel. in Diesdorf (Pr. Schlesien) 1910; war noch nicht Mitglied. — Franz Nagler in Wien VII/1, Seibengasse 17.

### Veranstaltungskalender.

**Zschersleben.** Außerordentliche Versammlung: Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kellerhof. **Bremen.** Bezirksversammlung Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des „Gewerkschaftshaus“, Faulenstraße 38/40. **Zandberg a. B.** Versammlung Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Rühriner Straße 31.

**Schriftsetzer und Buchdrucker** der sich mit geringem Kapitale selbständig machen will, ist im Osten sehr geeignete Position vorhanden. Werte Offerten unter Nr. 490 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Lithotypsetzer** mit langjähriger Praxis, flotter und korrekter Arbeiter, mit dem Mechanismus durchaus vertraut u. sofortigen Eintritt gesucht. Werte Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften erbeten an

Johannes Allig in Göttingen. [463] **Tüchtiger, korrekter Lithotypsetzer** mit guten Maschinenkenntnissen zum 6. März, in dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an das „Volksblatt“, Bochum, Hermannshöhe 7.

**Tüchtigen Stempelseher** sucht Karl Lind jun., Bielefeld. [376]

**Tüchtige Komplettmaschinengießer** an Type I und II (Fischer) in dauernde Stellung sofort gesucht. [488] Schriftgießerei Glitsch, Frankfurt a. M.

**Tüchtiger Komplettmaschinengießer** gesucht [483] Schriftgießerei Glitsch, Dresden.

**Akzidenzsetzer** Junger, tüchtiger, intelligenter

auch firm in allen anderen Sprachen, sucht baldigst Position. Norddeutschland bevorzugt. Beste Zeugnisse vorhanden. Werte Off. unter A. 479 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Galvanoplastiker** perfekt im Nischen und Fertigmachen, sucht baldigst Stellung. Werte Offerten unter A. L. Hauptpostl. Offenbach a. M. erbeten. [486]

## Buchdrucker- und Buchbindereiverband „Gutenberg“ Rudolstadt.

### IV. Thüringer Buchdruckerfängertag

findet am 29. und 30. Juli in Rudolstadt statt. Nähere Auskunft erteilt Der Vorstand, Franz Altenfeld, Vorsitzender.

**Schriftgießereifaktor** in der Lage, den hochgespanntesten Anforderungen der Neuzeit zu entsprechen, mit Umsicht und Energie auch dem größten Personale vorzustehen und den Betrieb rationell zu leiten, wünscht sich zu verändern. Tüchtiger Fachmann und Maschinenkenner, firm in der Herstellung von Nidelmatrizen. Werte Off. unter F. O. 485 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Buchdruckerei-Einrichtungen** jeden Umfangs, werden prompt, zu günstigen Konditionen effektiviert. Große Auswahl moderner

**Akzidenz- und Brotschriften** Fassungen und Vignetten. Mit Proben u. Kosten-Voranschlägen stehen wir jederzeit zu Diensten

Schriftgießerei **Brötz & Glock** Frankfurt a. M. - Bockenheimer

**Neul Ätzverfahren Neul für Mäser's Tonplatten** Einfachstes, billigstes und deshalb rentabelstes Verfahren zur raschen Herstellung von Druckplatten, wirkungsvollen Negativinsensaten, Reklamezeilen usw. in Mäser's Tonplatten. Prospekt und Tonplattenprobestück versendet kostenlos Julius Mäser, Leipzig-R.

**H. MATHAEUS DESSAU** Agnesstr. 23 Katalog gratis u. fr.

**Weichbleisäfen, Hartbleisäfen, Schriftsäfen, Stereotypsäfen** anlaufen gesucht. Muster erbeten. Hermann Bodenheimer Frankfurt am Main. [481] Telegrammadresse: Metaforb, Frankfurt/Main.

Am 15. Februar verschied nach langem Leiden unser werter Kollege, der Schweizerdegen **Max Markgraf** aus Untermaus bei Gera. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [489] Der Bezirksverein Gera.

**Hunderttausende Kunden. Viele tausend Anerkennungen.**

**Jonass & Co.** Berlin SW. 247. Belle-Alliance-Strasse 3

Vertragslieferanten vieler Beamtenvereine, liefern an **bequeme Teilzahlung.** Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen unsonst und portofrei.

**Todesanzeige.** Am 7. Februar verstarb plötzlich infolge Schlaganfalls unser langjähriges, trautes Mitglied, unser lieber Kollege **Hermann Kaiser** im 71. Lebensjahre. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. [482] Orts- und Bezirksverein Bonn.